

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, spätere Tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 246.

Mittwoch, den 21. Oktober 1903.

10. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das „gemeingefährliche Gesetz“.

Wenn es nicht ein furchtbares Unglück für das Deutsche Reich und für ihn selbst gewesen wäre, da es seinen Sturz herbeiführte, könnte man sagen, Bismarck habe mit dem von ihm längst geplant gewesenen Sozialistengesetz seltsames Glück gehabt. Dem Höllelittantate im Mai 1878, dessen Fruchtfigur für diesen Zweck mißlungen war, folgte das Nobilingattentat auf dem Fuße. Aus dem Hause Nr. 18 der Berliner Straße Unter den Linden feuerte der Dr. Karl Nobiling, der Sohn eines preussischen Domänenpächters, am 2. Juni aus einer Schrotbüchse auf den vorbeifahrenden Kaiser Wilhelm I. und verwundete ihn schwer. Dann jagte der Attentäter sich selbst einen Schuß in den Kopf, und außerdem wurde er von den in sein Zimmer bringenden Personen, auf die er ebenfalls noch einen Schuß abgab, schwer verwundet. Am 10. September erlag er angeblich einer Lungenlähmung.

Dieser neue Attentatschreden reifte die Bismarcksche Saat. Schon am 11. Juni beschloß der Bundesrath die Auflösung des Reichsgesetz, da dieser nach dem Höllelittantate ein Sozialistengesetz abgelehnt hatte. War das vielleicht der wahre Grund? Nur scheinbar. Die Nationalliberalen ließen ja sofort in ihrer Presse und durch ihre Führer ihre Bereitwilligkeit erklären, „den Fehler vom Mai gut zu machen und der Regierung diejenigen Ausnahmemaßregeln zu bewilligen, die für notwendig erkannt seien, die Umsturzpartei mit Erfolg zu bekämpfen“. Der wahre Grund der Auflösung war vielmehr, daß die liberalen Elemente, die damals in der nationalliberalen Partei noch vorhanden und von Einfluß waren, zurückgedrängt, diese Partei selbst zur Sackgasse herabgedrückt, das Centrum womöglich gesprengt, die der Regierung mit Haut und Haar ergebenen konservativen Gruppen gefärbt und die Sozialdemokratie, die schon in ihrer damaligen Stärke als Oppositionspartei dem Kanzler höchst un bequem war, aus dem Parlament verdrängt werden sollte. Was sich später immer deutlicher herausstellte, war schon damals allen Einsichtigen klar: die Auflösung erfolgte, um der wirtschaftlichen und politischen Reaktion freie Bahn zu machen, und die fortschrittliche Presse sprach es ganz offen aus, daß dies der Hauptzweck der ganzen Aktion sei. Auf die Sozialdemokratie schlug man und den Liberalismus wollte man treffen. Diese Absicht trat denn auch im neugewählten Reichstag alsbald hervor, nachdem die Anbelaste des Proletariats besiegelt war. 204 Mitglieder, mehr als die absolute Mehrheit, erklärten eine „Reform des deutschen Zolltarifs“ für notwendig. Damit war das Signal zur zornwüthigen Massenplünderung gegeben.

War Nobiling Sozialdemokrat, wie von Bismarcks Handlangern ausgeprengt, vom Wolffschen Telegraphenbureau an alle Blätter depechiert wurde? Es heißt längst bombensicher, daß er es nicht war. In den sozialdemokratischen Kreisen Berlins war er absolut unbekannt. Nicht der Schatten eines Beweises konnte erbracht werden, daß er irgendwie mit Anhängern der sozialdemokratischen Partei in Verbindung stand oder irgend welche Beziehungen zu ihr gehabt hätte. Wohl aber wurde erwiesen, daß Nobiling sich zu nationalliberalen Grundsatzen bekannt hat. Alles, was die fieberhaften Anstrengungen der Polizei ermitteln konnten, war, daß er einmal in Dresden in einem Arbeiterverein über ein unpolitisches Thema einen Vortrag gehalten hatte und daß er in einer sozialdemokratischen Versammlung den Ausführenden des sozialdemokratischen Redners entgegengetreten war und sich ausdrücklich dahin geäußert hatte, in politischer Beziehung der nationalliberalen Partei am nächsten zu stehen.

Was den notorisch ebenso unfähigen wie krankhaft eifernen Menschen zu seiner ruchlosen That bewog, ist heute noch in Dunkel gehüllt. Daß er noch blümmer war als Hölle, hat der Untersuchungsrichter zu einem ultramontanen Redakteur geäußert. Die Regierung hat über das, was er selbst über seine Beweggründe angab, sorgfältig geschwiegen. Sein Tod vor der öffentlichen Verhandlung kam Bismarck sehr gelegen. Jetzt konnte er ruhig weiter der Sozialdemokratie an die Kehle gehängt werden. Wer weiß, ob nicht einmal die Zukunft über dieses Attentat ein überraschendes Licht verbreitet! Der Verdacht, daß es eine teuflische Mischgeschick von agents provocateurs gewesen, die den verimpften Attentäter angestiftet, ist in Anbetracht der Umstände ganz gewiß nicht grundlos!

Der rothe Schrecken ging also um und fanatisierte die Bevölkerung. „Der Kaiser hat die Wunden und die Nation das Wundfieber“, schrieb treffend der Demokrat Guido Weiß in seiner „Wage“. Was alles Polizei, Justiz, Unternehmertum in ihrer Raserei an Bedrängung und Verfolgung klaffenbewusster Proletarier in jenen Tagen frevelten, würde Sotianten füllen. Daß auch viele Arbeiter sich einschüchtern ließen, zumal nicht wenig Firmen sich verpflichteten, keinen

Sozialdemokraten einzustellen, wen kann es verwundern? Und trotzdem ergaben die Hauptwahlen vom 30. Juli nur einen unerheblichen Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen, in den großen Städten sogar eine bedeutende Zunahme. Und konnte die Partei im ersten Wahlgang zwar nur zwei Mandate erobern, so ging sie bei den Stichwahlen in sieben Wahlkreisen als Siegerin hervor, so daß sie neun Mann stark (gegen zwölf vorher) im Reichstag aufmarschieren konnte. Der eine Plan Bismarcks war also kläglich gescheitert. Wohl aber gelang der andere: Die liberalen Fraktionen verloren etwa vierzig Sitze an die konservativen, die Opposition war an die Wand gedrückt.

Im neugewählten Reichstag, der am 9. September zusammentrat, zählten die konservativen Parteien 117 Mitglieder. Diesen unbedingten Anhängern des Ausnahmengesetzes standen 173 Abgeordnete des damals noch stramm oppositionellen Zentrums und der Linken gegenüber. Die Nationalliberalen mit den liberalen Wilden von links und rechts zählten 107 Mitglieder. Wenn von ihnen also nur 26 dem Gesetz die Zustimmung verweigert hätten, wäre es zu Fall gebracht.

Die Herren Nationalliberalen zierten sich auch anfangs, denn der neue, schon am 18. August veröffentlichte Entwurf war viel schärfer als die Höllelittantate. Lasker nannte ihn eine „juristische und politische Konstruktivität“ und erklärte ihn für „völlig unannehmbar“. Sie brachten es dennoch fertig, ihn schließlich annehmbar zu finden, nachdem sie einige Abschwächungen erreicht hatten, worunter die Beschränkungsdauer auf 2 Jahre, Bennigsen, der im Frühling mit der würdevollen Gemessenheit, die ihm eigen war, durchschlagende Gründe gegen ein Ausnahmengesetz entwickelt hatte, erklärte sich nunmehr mit derselben gemessenen Würde für dasselbe. In 12 Sitzungen, wovon 2 auf die erste, 3 auf die dritte und 7 auf die zweite Lesung kamen, brachte der Reichstag die Schande des jungen Reiches zustande, trotzdem die sozialdemokratischen Abgeordneten mit überzeugender und flammender Beredsamkeit die schmähliche Ungerechtigkeit, Gefährlichkeit und Verderblichkeit des Gesetzes Paragraph um Paragraph ins Licht setzten. Am 19. Oktober Nachmittags fand die Schlußabstimmung statt. 370 Abgeordnete waren anwesend, davon stimmten 221 mit Ja, 149 mit Nein. Der Teufel hatte wieder einmal gesiegt. Das „gemeingefährliche Gesetz“, wie in unseren Reihen das im „Reichsanzeiger“ unter dem Titel „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ veröffentlichte Nachwerk genannt wurde, trat am 21. Oktober in Kraft.

Die Haß konnte losgehen, und sie ging los, woh wie! Eine heile Handhabung hatte die Regierung versprochen und aufs brutalste wurde es ausgeführt, wenn auch nicht überall und immer gleichermaßen. In den Motiven war ausdrücklich zugesichert worden, daß Gewerkschaften nicht davon betroffen werden sollen, und nach wenigen Jahren, namentlich unter Puttkamer, verfolgte man sie damit ebenso schneidig wie die politische Partei. Die in der Werkstätte der Jagante geschmiedete Waffe wurde in der Ausführung noch in Gift getaucht. Wir brauchen das nicht näher zu schildern. Viele unter uns haben es ja noch selbst erlebt.

„Der Teufel hatte gesiegt“, aber der Teufel ist bekanntlich der Geist, der das Böse will und das Gute schafft. Das Sozialistengesetz übte thatsächlich eine „erzieherische Wirkung“ auf die Partei, freilich nicht in dem Sinne, wie die Gegner das meinen. Während das bürgerliche Deutschland tiefer und tiefer in die Schlammfluth der Korruption versank, die das Gesetz über das Reich ergoß, während der Liberalismus, nachdem er durch das laudimische Joch gegangen war, politisch wie moralisch immer mehr herunterkam, immer kraft- und fast- und widerstandsloser wurde, von der Reaktion sich mehr und mehr ins Schleppjau nehmen ließ; während also das Schandgesetz, selbst ein Säulsteinprodukt, wiederum zerlegend und korrumpierend auf seine Bewilliger zurückwirkte — entband es dagegen in der klaffenbewussten Arbeiterschaft jene Fülle von Kräften und Tugenden, welche das schöne Wort der „Geschichte des Sozialismus“ vollkommen rechtfertigen: „Die Errettung der deutschen Arbeiterklasse war vollbracht, aber ihr Heldenzeitalter hob an“, und das andere über die Bilanz des Sozialistengesetzes: „Die Sozialdemokratie war in den Kampf gezogen, ein Jüngling mit schnell aufgeschossenen Gliedern, mit manchem schwärmenden Gedanken im Kopfe. Als sie heimkehrte, war sie ein muskelkräftiger und wettergeharteter Mann, entschlossen, fertig, klar, gewachsen, wach, hochstem immer.“

Mit wahrhaft heroischer Tapferkeit haben die Arbeiter das geflügelte Wort unseres verstorbenen Fraktionsmitgliedes Bracke-Braunschweig wahr gemacht: „Wir pfeifen auf das Sozialistengesetz“, haben sie, von den Argusaugen eines Heeres von Spitzeln mit und ohne Uniform umlauert und bedroht, ihre Organisation ausgebaut, ihre geheimen Versammlungen abgehalten, ihr

einziges Parteiorgan, den „Sozialdemokrat“, ins Land geschmuggelt und allüberallhin verbreitet. Und bewundernswürdig wie ihr Muth war ihre standhafte Treue. Wie oft trat die Versuchung an sie heran, um sie zum Verrath zu verleiten. Zu wie vielen kam der Polizeigang gleich dem Satan in der Wüste zu Jesus: „Das alles will ich dir geben, wenn du meine Partei und meine Genossen verräthst.“ Und wie überaus gering war die Zahl der Verräther! Die große Mehrzahl wies dem Versucher mit Verachtung den Rücken, sie wählten die ehrliche Armuth und schlepten lieber ihr Märtyrerkreuz! Und zur Treue gesellte sich die Besonnenheit, die von den griechischen Weisen gepriesene Sophrosyne, welche die sozialistischen Schaaren vor blindem Eifer und Ueberstürzung bewahrte, sie abhiet, sich zu leidenschaftlichen Aktionen provozieren zu lassen, worauf es nicht selten von den listigen Schergen der Gewalt angelegt war. Und das, trotzdem die Mehrheit sich aus Personen im jugendlichem Alter rekrutierte, wo das Blut nur allzu leicht in Siedehitze geräth und der Affekt mit der Vernunft durchgeht.

Diesen Tugenden verdankt es die Ehre der deutschen Arbeiter, das klaffenbewusste Proletariat, daß es sich von den ersten Schlägen des Schandgesetzes rasch erhob und bald wieder von Wahlperiode zu Wahlperiode seine Stimmen und Mandate vermehrte und trotz der kolossalen Nachmittels Bismarcks ihm die bössartige Waffe schließlich — nach viermaliger Verlängerung — aus den Händen schlagen konnte, daß sie zerbrochen zu seinen Füßen lag.

Den vielen Genossen, die um ihrer Ueberzeugung willen Kerker und Verbannung und Hunger und Elend und Achtung und Verfolgung aller Art erduldet haben, worunter so manche Märtyrer, die ihr Wirken für unsere erhabenen Ziele mit dem Tod büßen mußten — ihnen seien Gefühle und Gedanken unverweillichen ehrenden Gedächtnisses gewidmet. Ihr Vorbild soll uns voranleuchten auf der Bahn unseres heutigen Kampfes, uns anspornen, manhaft und müthig gekämpft zu bleiben um das theure Banner des Sozialismus, mit opferfreudiger Begeisterung, mit ungeschwächter Kampfesenergie, mit Einmüthigkeit und krasser Geschlossenheit — um von Etappe zu Etappe vorwärts zu dringen, bis der volle Sieg errungen!

Aus der Zukunftslüste Wehen
Eine Geisterstimme schallt:
Gegen hohe Weltideen
Kämpft vergebens die Gewalt.
Vorwärts drum mit Schwert und Lanze
Und die Trommel stot geüht!
Bis erstürmt die letzte Schanze
Und der Feind kapituliert.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Erledigter Reichstagsst. Der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Soldap-Darkehmen-Stallupönen, Ritterausbesitzer von Sperber-Kleschewen, ist Sonnabend Nachmittags nach längerer Krankheit gestorben. Der Verstorbene war deutsch konservatives Mitglied des Reichstags seit 1890. Bei den diesjährigen Wahlen siegte er mit 12080 Stimmen gegen 1466 sozialdemokratische und 1304 freisinnig volksparteiliche.

3 1/2 Jahre Zuchthaus, 55 1/2 Monate Gefängniß und 10 Jahre Ehrverlust. Nach dreitägiger Verhandlung wurde am Donnerstag Nachmittags vor dem Schwurgericht in Halberstadt ein Prozeß zu Ende geführt, der sich dem in Voraussicht würdig zur Seite stellt. Gegenstand der Anklage war ein Straßentravall, welcher sich am Abend des 27. Juni d. J. auf der Bakenstraße vor dem Hause des Pferdebeschlägters Korte abgespielt hat. Ursache zu diesem Straßentravall soll der Schlächter Korte durch einige die Arbeiter beleidigende Ausdrücke gegeben haben. Am Tage der Stichwahl unterhielt man sich in dem korteschen Restaurant über die Wahl, dabei soll Korte geäußert haben, er ließe sich niemals mit irgendwelchen Maßnahmen zwingen, wenn er seine Stimme geben sollte; und von den Sozialdemokraten könne er nicht leben, er hätte sein Geschäft, damit sich die armen Leute satt essen könnten. Dieses Gespräch wurde nun von dem Dachdecker Rottke, welcher mit im Restaurant anwesend war, in einem nebenan liegenden Lokal „Zum schwarzen Haren“ erzählt und rief lebhaft Entrüstung hervor. Wie ein Lauffener zog dieses Gespräch durch die Unterstadt. Von mehreren Personen wurde dann ein sogenanntes „Flugblatt“ entworfen, welches die Boykottirung des korteschen Geschäfts ansprach und auf die frühere Existenz des Korte hinwies. Am 27. Juni klangelte der Maler Müller, ein Mann, der fast gar nicht bekannt ist, in einigen Straßen der Unterstadt den Text des Flugblattes aus. Durch dieses Beginnen und durch das Schüren von Personen, welche dahinter ständen, um ihren Gelassen freien Lauf zu lassen, ist es zu erklären, daß sich zum Abend, wo schon ohnehin ein harter Verkehr bei Korte herrschte, eine große Menschenmenge ansammelte. Der Arbeiter Schmidt, welcher in angegrünem Zustande auf einen

Teil der Leute einredete, mit Worten, die nur ein Ver-
trübenner reden kann, versuchte die Arbeiter vom Kaufen bei
Korte abzuhalten. Gegen 9 Uhr Abends artete der Kravall
derartig aus, daß das Portesche Haus mit Steinen be-
worfen und einige Scheiben sowie das Schaufenster dabei
zertrümmert wurde. Der Lärm steigerte sich derartig, daß
die Polizei eingreifen mußte, und da deren Befehlen nicht
Folge geleistet wurde, mußten eine Menge Verhaftungen
vorgenommen werden. Glücklicherweise hat die Polizei, das
muß anerkannt werden, sich nicht zu Gewaltthatigkeiten hin-
reißen lassen und ging in besonnener Weise vor. Daß hier-
bei viele unglückliche Opfer auf die Anklagebank gekommen
sind, ist jenen Leuten zu verdanken, welche weit davon ent-
fernt sind, der Arbeiterchaft, und zumal der modernen Ar-
beiterchaft Ehre zu machen. Diese Leute haben es auf dem
Gewissen, daß mancher von den jungen Leuten, welche noch
nicht die Tragweite ihrer Handlung kannten, moralisch
hinter Gefängnismauern zubringen müssen. Im Ganzen
sind zwölf Personen auf der Anklagebank. Nachdem die
Geschworenen die Frage auf Landfriedensbruch bejaht hatten,
wurde folgendes Urtheil gefällt: 1. Maler Karl Müller
(35 Jahre alt, mehrfach vorbestraft) wegen Landfriedens-
bruchs als Häufelstörer unter Verurteilung mildernder Um-
stände zu zwei Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrver-
lust und Stellung unter Polizeiaufsicht; 2. Arbeiter
Robert Schmidt (49 Jahre) wegen derselben Straftat zu
1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, 5 Jahren Ehrver-
lust und Stellung unter Polizeiaufsicht; 3. Lederverfärbler
Rudolf Frederksdorf (33 Jahre), unter Zubilligung mildernder
Umstände, zu 6 Monaten Gefängnis. Er wird aus der Haft
entlassen; 4. Handschuhmacher Paul Friedrich Wee (26 Jahre), unter Zubilligung mildernder
Umstände, zu 1 Jahr Gefängnis; 5. Arbeiter Emil Wrethl (41 Jahre), unter Zubilligung mildernder
Umstände, zu 1 Jahr Gefängnis; 6. Arbeiter Hermann Horn (27 Jahre), unter Zubilligung mildernder
Umstände, zu 1 Jahr Gefängnis; 7. Arbeiter Adolf Wange (16 Jahre) zu sechs Wochen
Gefängnis; 8.—10. Arbeiter Emil Meyer, Walter
Förnung und Willi Kay zu je 4 Monaten Gefängnis;
11. Lehrling Karl Frensch wurde freigesprochen,
aber einer Erziehungsanstalt überwiesen; 12. Steinseher
Gottlieb Wernholz wurde freigesprochen. Die Angeklagten
Frederksdorf, Schmidt, Wee, Frensch, Horn, Waage, Meyer,
Förnung und Kay verzichteten sofort auf Revision. Nach
Verhandlung des Urtheils drang aus dem Zuschauerraum von
den nächsten Anverwandten lautes Jammer, das sich bis
auf die Straße hinaus fortpflanzte. — Uns liegt es fern, die
Angeklagten rechtfertigen oder ihre Nothzeiten gar beschönigen
zu wollen, prüfen wir aber einmal objektiv, was den so
schwer Beschuldeten eigentlich zur Last gelegt wurde: Am
Schuldtag läßt der Besitzer einer Bierbrennerei-Bierbrennerei
irgend eine oberrätliche Anweisung über die Sozialdemokratie
fallen, eine Bemerkung, die nachher in übertriebener und
entstellter Weise von sehr unbedarfenen Seite in einem Flug-
blatt verbreitet wird. Ein Paar Tage darauf versammelte
sich eine Menschenmenge, jubelt, brüllt, lobt, aber — hat
keinen Menschen etwas zu Leide. Der Landfriedensbruch-
paragraph wird gegen die Theilnehmer dieser Zusammen-
kunft angewandt, weil sie „mit vereinten Kräften“ gegen
Sachen Gewaltthatigkeiten verübten und ein Schaufenster
und noch eine andere Fensterscheibe zerbrachen. Das ist
alles; keine Person wurde auch nur angegriffen; keine Ver-
wundung gemacht, etwa die Gesundheit oder das Leben
von Menschen zu gefährden; eine angebliche Rasse, deren
Glieder sich gegenseitig zu hoher That ermunterten und in
Erregung versetzten, sah es lediglich darauf ab, ein paar
Scheiben ihrem Unmuth zu opfern. Und da verweigert das
Schwurgericht den „Mildernden“ „mildernde Umstände“
und schließt die Unglücklichen in das — Zuchthaus. In
einer unwürdigen Gemüthsregung nannte der Vorsitzende die
Angeklagten „Küchensack“ und bezeugte den einen als
„einen großen Schläger“. Redewendungen, die aus dem
Munde eines ehrwürdigen Schwurgerichtspräsidenten recht
angewöhnlich klingen. Auf Jahre hindurch müssen die Ver-
urtheilten, die in dautlichem Drange zur Demolierung einiger
Glasfenster sich hinreißten ließen, im Gefängnis und im
Zuchthaus sitzen, denn unerbittlich ist die Strafe „Gerech-
tigkeit“ in ihrer Strenge. — Benigler in Halberstadt
gegenüber dem „Volk“! In Freiberg in Sachsen wurden am
gleichen Tage konservative Männer, die nach der
Stimmzahl eines nationalliberalen Gegners an
den Seiten die Treppe heruntergerieten, durch den ganzen
Saal fliegen, bis er mehrere Male hinfel, und ihn dann
auf der Straße schlagen und mit Sägen trafen, zu
40 bezw. 20 Mark Geldstrafe verurtheilt!

Zur Reichstagswahl im 15. sächsischen
Wahlkreise hatte die Kammer der Abgeordneten, auf
die Spaltung der Sozialdemokratie beruhende Notiz in die
Welt geschickt, die auch durch die obige Prozeß die Kunde
machte: „Geyer steht die Niederlegung des Mandats nicht
als das Ende seiner politischen Laufbahn an, sondern will
mit seiner Wahlkreis in der deutschen Reichstags-
versammlung sein, ob er mit ihm geht oder nicht. Wenn es
ihm gelingt, dann hat er allerdings eine Stellung, die auch
dann ein Parteigründungsrecht zu erfüllen ist, denn eine
Rechtskraft unter jeder Bedingung würde bedeuten, daß der
Wahlkreis ihm selbst im Falle der Parteiveränderung Erwe-
hen hätte. Da es ihm gelingt, muß abgewartet werden.
Man wird von beiden Seiten sehr abwarten und es ist
an sich nicht ausgeschlossen, daß Sozialdemo-
kraten gegen Sozialdemokrat kandidiert. Das
Geyer sich dieser Möglichkeit anzusehen will, haben wir nicht
angewandt, als wir in letzter Nummer über ihn schrieben,
und wissen daraus nicht den unangenehmen Eindruck so
lange zurückzuführen, bis der weitere Verlauf der Dinge zeigt,
ob Geyer richtig gehandelt hat oder nicht.“ — Geyer
hat bei dem „Vorwärts“ erwidert, daß ganz als
„horrendesten Blödsinn“ zu bezeichnen.

Ein Begräbnis erster Klasse hat das Zentrum dem
sozialdemokratischen Arbeiter der sozialdemokratischen Partei des
letzten Reichstags angedeihen lassen. Statt für den Ar-
beiter der die höchsten Interessen des proletarischen Kampfes zu
betonen, hat man ihn einfach dem Reichstags-
Begräbnis, das man den Begräbnisfeierlichkeiten nennt. Das
Zentrum ist das Zentrum, es beschuldigt die Sozialdemo-
kraten und die anderen Parteigründungen der Arbeiter in
Glaubwürdigkeit gezeigt werden? Ein Herr Sri, ein

biederer Handwerksmeister, hat es im Laufe der Debatte in
der Kammer deutlich gesagt: wenn sie, die Arbeiter, sich
nicht ausbeuten lassen bis zur Bewusstlosigkeit, sind sie
Lumpen und Säuer. Und der Mann, der diese sozial-
politische Grundanschauung des Zentrums vertrat, erhielt
großen Beifall. Und Herr Schirmer, der sozialpolitische
Spezialist des Zentrums in Bayern, hatte kein Wort der
Abwehr gegen die ungeheuerliche Auffassung seines Partei-
freundes. Das genügt! Wann endlich werden den katholi-
schen Arbeitern die Augen darüber aufgehen, wie sehr ihre
Interessen vom Zentrum verrathen werden!

Die Finanzministerkonferenz unter Vorsitz des
Reichskanzlers v. Bülow wurde Montag in Berlin eröffnet.
Laut offiziöser Mittheilung nehmen daran theil: Vom
Reichsschatzamt: Staatssekretär Freiherr v. Stengel, Unter-
staatssekretär v. Fischer, Direktor Zwele; als Vertreter der
Bundesregierungen: der preussische Finanzminister Freiherr
v. Rheinbaben, Unterstaatssekretär Dombois, Geh. Ober-
finanzrath Dr. Conze; der bayerische Finanzminister Dr.
Freiherr von Meidel, Ministerialrath v. Pfaff; der sächsische
Finanzminister Dr. Küger, Geh. Finanzrath Dr. Küger; der
württembergische Finanzminister Dr. v. Feyer; der badische
Finanzminister Dr. Buchenberger, Ministerialrath Ballweg;
der hessische Finanzminister Dr. Gnaath; der Vorstand des
medlenburgischen Finanzministeriums Staatsrath v. Bressen-
tin; der weimarische Staatsminister Dr. Nothe; der braun-
schweig-lüneburgische Staatsminister Dr. v. Ditto; der ham-
burgische Bürgermeister Dr. Wundberg; der elsass-lothrin-
gische Unterstaatssekretär Wirkliche Geheime Rath v. Sgraut.
In der einleitenden Ansprache drückte Bülow, einer
Wortführer der Debatte zufolge, seine Genehmigung über das
bereitswillige Eingehen der Bundesregierungen auf die Ein-
ladung zu den Besprechungen aus: er wies auf die un-
günstige Lage der Reichsfinanzen hin, die einen weiteren
Aufschub der allseitig als unaabweisbar erkannten Reform nicht thun-
lich erscheinen lasse, und unterbreitete der Konferenz
zu näherer Prüfung mehrere auf seine Anregung ausgearbei-
tete Vorschläge zur Neuordnung der finanziellen Beziehungen
zwischen dem Reich und den Einzelstaaten. Diese Vorschläge
wurden sodann durch den Reichsschatzsekretär eingehend be-
gründet. Herr v. Stengel wird als Stellvertreter des
Reichskanzlers in Reichsfinanzangelegenheiten den Vorsitz bei
den Beratungen führen, sofern der Reichskanzler persönlich
durch andere Amtsgeschäfte daran verhindert ist. — Der
ganze Zweck der Konferenz besteht, wie man sich leicht denken
kann, einzig und allein darin, neue Steuern zu finden.

Zum Urtheil im Kaiserinzel-Prozeß bemerkt tref-
fend die Berliner „Volksztg.“: „Daß mit den Mittheilungen
über den angeblichen Kaiserjoch-Plan die Absicht einer
Majestätsbeleidigung seitens der Redaktion des „Vorwärts“
verbunden war, zu diesem Glauben werden sich nicht Viele
bekennen. Einen solchen Mangel an Klugheit darf man
schwerlich erfahrenen Journalisten zutrauen, die da wissen,
daß jede Zeile in ihrem Blatte von behördlicher Seite auf
ihren kriminellen Feingehalt mit größter Sorgfalt geprüft
wird. Ueberdies war die Form der Mittheilungen derart,
daß die Möglichkeit einer Bezugnahme auf die Person des
Kaisers, als trüge sich dieser mit Plänen der geschützten
Art, für völlig ausgeschlossen gelten mußte. Nicht gegen die
Person des Kaisers, sondern gegen diejenigen Personen aus
seiner näheren oder ferneren Umgebung, die den Monarchen
für ihre (vermeintlichen) Pläne gewinnen zu können ver-
meinten, richteten sich die inkriminierten Artikel — so durfte
der „Vorwärts“ die Sache auffassen, so durfte der Ange-
klagte Leib, so durfte die Bertheiligung glaubwürdig ver-
fesselt. Ansehen hatte sich auch das Kammergericht diese
Auffassung zu eigen gemacht, als es das Vorhandensein eines
dringenden Verdachts der Majestätsbeleidigung nicht zuzu-
geben vermochte. In demselben Sinne haben die Pressstim-
men bedurft, die eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung
in dem Artikel in keiner Weise begründet fanden, wie selbst
die gut monarchische, konservative „Tägl. Rundschau.“ Der
öffentliche Ankläger ist mit seiner entgegengesetzten Auffassung
bei dem Gericht durchgedrungen. Mit dieser Thatsache hat
sich der Berichttheile bis auf weiteres abzufinden. Die wei-
teren Schicksale des Volkes aber werden der staatsanwalt-
lichen und richterlichen Debatte die Herresfolge versagen,
— und damit ist die Zahl der Majestätsbeleidigungsprozesse
um einen Fall bereichert worden, der weit zurück bleibt hin-
ter der Wirkung, die sich der Gesetzgeber bei Schaffung des
Majestätsbeleidigungs-Paragraphen versprochen hat. Im
Gegensatz wird auch dieser Prozeß nur wieder den Erfolg
haben, daß immer dringender die Neuordnung der Frage der
Verfolgung und Bestrafung von Majestätsbeleidigungen ernst-
lich in die Hand genommen wird. Selbst der öffentliche
Ankläger hat sich als Gegner des § 95 in seiner gegenwärtigen
Fassung erklärt. Dieser seiner Gegnerschaft hätte er
einen geeigneten Rathschuß dadurch zu verleihen vermocht,
daß er etwa das Minimalmaß von zwei Monaten Festungs-
haft beantragt hätte.“

Die erste städtische Apotheke ist am 15. d. M. in
Offenbach am Main eröffnet worden. Die Leitung liegt
in den Händen eines städtisch geprägten Pharmazienten, der
zur Befestigung seiner Russprovinz öffentlich auffordert.
Benigler einmal ein Kaufmann!

Ein neues Majestätsverbrechen. Beschlag-
nahmen wurde Sonnabend früh in Berlin die Nr. 42
der amsterdamer Wochenchrift „Kenes Leben“. In
demselben ist der Artikel „Der Kaiser von Sahara“, in
welchem eine Majestätsbeleidigung enthalten sein soll. Es
wurde in der Expedition und der Druckerei des Blattes
genommen. Vier Exemplare der Nummer wurden beschlag-
genommen. Das Manuskript des Artikels, auf welches haupt-
sächlich geschah, wurde nicht gefunden. Der verant-
wortliche Redakteur Karl Nobel wurde ver-
haftet.

Eine schwere Revolte, bei der ein Beamter
sein Leben einbüßte, ein anderer auf den Tod ver-
urtheilt wurde, ereignete sich in der Nacht zum Sonntag im
Zentralgefängnis für die Provinz Sachsen in
Halle a. S. Acht Sträflinge, die in einer besonderen
Abtheilung zur Beobachtung ihres Gesundheitszustandes interniert
waren, überließen ihre beiden Aufseher, überwältigten sie
und begannen Kampf und bestanden sie mit Tüchern, nach-
dem sie ihnen noch zuvor Nüsse geworfen in den Mund
geschoben. Dann überließen sie die Beamten aus, nahmen
die Schlüssel an sich und hielten sich aus dem Gefängnis-
thüren hinaus, mit denen sie die Mauer überstiegen und

ins Freie gelangten. Der eine der Beamten, Walter mit
Kamen, ein Familienvater, erstirbt, dem anderen gelang es,
seinen Knebel ein wenig zu lösen und das Marmelade
Bewegung zu setzen, dann schwanden auch ihm die Sinne.
Die Sträflinge erlangten mittlerweile einen starken Vor-
sprung. Obwohl die Verfolgung alsbald aufgenommen und
zahlreiche Polizeimannschaften sowie Militärpatrouillen auf-
geboten wurden, hatte man bis zum Nachmittag erst zwei
der Verbrecher wieder eingefangen. Die übrigen Sträflinge
wurden abends am Feuerschein vom Kartoffelbraten in der
Döblauer Heide entdeckt und sämmtlich verhaftet.

Neue politische Nachrichten. An Bülings Stelle
für den ersten Vizepräsidenten im Reichstag
schlägt die „Deutsche Tageszeitung“ einen
nationalliberalen Eragravier vor, wie den
Frl. Genz zu Herrshelm, Münch-Ferber, Graf Oriola.
— Im Bundesrath rechnet man, wie offiziös gemeldet
wird, darauf, daß der Vorschlag des Reichs-
haushaltplanes für das nächste Finanzjahr Ende
dieses Monats soweit fertiggestellt sein werde, um mit de-
auf etwa vier Wochen zu bemessenden Berathung der
Einzelrats in den Bundesrathsausschüssen zu beginnen.
— Der Leutnant Bille, der Verfasser des Romans
„Aus einer kleinen Garnison“, wurde nach neueren Mel-
dungen aus Straßburg angeblich hauptsächlich deswegen
verhaftet, weil er gegen die allgemeine Bestimmung ge-
handelt hat, monach aktive Offiziere, die die Herausgabe
einer öffentlichen Druckchrift beabsichtigen, dies vorher
anmelden sollen. — Dieser Tage meldeten wir nach der
„Voss. Ztg.“ die Verhaftung zweier Russen in
Charlottenburg; die Verhaftung sollte wegen an-
archistischer Umtriebe erfolgt sein. Auf Grund behördlicher
Angaben stellt jedoch der „Vorwärts“ fest, daß die beiden
Russen lediglich verhaftet worden sind, weil sie sich nicht
genügend legitimieren konnten und im Verdacht des
Schriften schmuggels stehen. Von dem Verdacht an-
archistischer Umtriebe ist gar keine Rede. — Sonntag Abend
gab ein Unbekannter auf den Abbe Bebel, der als Lehrer
an einem Seminar in Paris thätig ist, zwei Revolver-
schüsse ab. Der Zustand des Abbes ist hoffnungslos. —
Wie die „Tribuna“ meldet, hat der Papst Pius X.
Merry del Val Sonntag früh ein Schreiben zugehen
lassen, in dem er ihn zum Staatssekretär ernannt.
Merry del Val werde in dem am 9. November tagenden
Konfistorium zum Kardinal ernannt werden. — Zwei
englische Panzerschiffe stehen beim Mandoviren
auf zusammen und wurden von anderen Schiffen in den
Hafen von El Ferrol (Spanien) geschleppt. — Der
türkische Ministerrath hat beschlossen, für den
Aufbau der in den 4 europäischen Wilajats
eingeschlossenen Dörfer, Kirchen und Schulen
50 000 türkische Pfund zu bewilligen. — Der
„Transkaspischen Rundschau“ wird aus Medsch (Persien)
telegraphirt: Infolge der Verfolgungen seitens der
afghanischen Behörden sind hundert Familien
eines Verberstammes aus Afghanistan nach
Koschan (Persien) geflüchtet, wo sie sich an den
dortigen russischen Konsul wandten und um seine Ver-
mittlung baten, daß man ihnen gestatte, sich in Trans-
kaspian niederzulassen und sie unter die russischen Unter-
thanen aufnehme.

Schweden.
Ein skandinavischer Staat — ein Gegenwarts-
traum? „Helsingborg Post“, ein schwedisches Provinzial-
blatt, bespricht einen Plan, der, wie es in einer Kopen-
hagener Zeitschrift an die „Frl. Ztg.“ heißt, in politischen
Kreisen eifrig diskutiert werde, und den Zusammenschluß der
drei skandinavischen Länder — Dänemark, Schweden und
Norwegen — betrifft. „Helsingborg Post“ weist auf die
Entstehung des geeinigten deutschen Reiches hin und fährt
dann fort: Sollte es so unmöglich sein, drei Länder, deren
Bevölkerung viel gleichartiger ist als diejenige Deutschlands,
zu vereinen? Die erste Bedingung wäre, daß Norwegen
seinen eigenen König erhält und hierzu soll der
dänische Prinzessin Ingeborg verheiratete schwedische Prinz
Karl anzusehen sein. Dagegen sollen das Heer, die
Flotte und auswärtige Vertretung der drei
Länder gemeinschaftlich sein. Dies würde nicht
nur bedeutende Ersparnisse mit sich bringen, sondern Skandi-
nabien würde dann dem Auslande gegenüber eine ganz
andere Stellung einnehmen als jetzt, wo die kleinen Staaten
neben den großen verschwinden. Ferner soll ein neutrales
Reichsland für die Regierungsgebäude und gemeinschaftlichen
Institutionen, eine gemeinschaftliche Nationalversammlung und
ein Reichsrath geschaffen werden. Der älteste König soll in
der gemeinschaftlichen Regierung den Vorsitz führen. Dieser
Plan, erscheint, so schließt das Blatt, nicht sonderbarer, als
der Plan betreffend die deutsche Reichseinheit vor 50 Jahren
den deutschen Kleinstaaten erschienen sein mag. Außerdem
habe er noch den Vortheil, daß er gleichzeitig die norwegische
Frage löse.

Rußland.
Neues Verfahren gegen Ausländer. Wie die
„Schles. Ztg.“ erfährt, werden nach neueren Bestimmungen
Ausländer in Rußland wegen politischer Vergehen u. s. w.
nicht mehr nach Sibirien verschickt oder in ein Gefängnis
gesteckt werden, sondern es erfolgt nach Abschluß des gericht-
lichen Verfahrens gegen sie Ausweisung aus Rußland mit
gleichzeitiger Bestimmung, daß sie Rußland nie wieder be-
treten dürfen.

Italien.
Die Zolltarifverhandlungen zwischen der Schweiz
und Italien gestalten sich nach übereinstimmenden Mel-
dungen aus Rom und Mailand äußerst schwierig,
weil die Schweiz sich nicht einmal mit einer Verdreifachung
des gegenwärtigen Einfuhrzollens von 3 1/2 Proz. auf italieni-
schen Wein begnüge. Auch die Verhandlungen mit Oester-
reich sollen außerordentlichen Schwierigkeiten begegnen.

Frankreich.
Die Auslandsbewegung im Norddepartement.
Nach einer Reibung aus Armentieres haben sich die
Textilarbeiter in der allgemeinen Abstimmung am
Sonntag mit großer Mehrheit für die Fortsetzung
des Ausstandes ausgesprochen. Von rund
12 000 Arbeitern und Arbeiterinnen betheiligten sich 8576
an der Abstimmung, 7264, unter diesen 700 Belgier, stimmten
für den Ausstand und 1300 gegen ihn. Auch die streikenden
Kohlenverarbeiter in Dünkirk haben in allgemeiner
Abstimmung beschlossen, im Ausstande zu verharrren.
Revision in der Dreifus-Affaire? Wie die
„Action“ berichtet, hat die vom Kriegsminister seit Monaten
eingeleitete Untersuchung der Affäre der Dreifus-Affaire
mehrere neue Fällungen zu Tage gefördert, welche eine
Revision des Urtheils von Krames rechtfertigen würden.

Belgien.

Ueber den Ausfall der Gemeinderathswahlen, die letzten Sonntag stattfanden, wird der „Frank. Ztg.“ aus Brüssel gemeldet: „Wie es unter der Herrschaft des Verhältnißwahlrechts kaum anders sein kann, haben die gestrigen Gemeinderathswahlen keine sehr großen Veränderungen im Besitzstand der Parteien herbeigeführt. Immerhin muß eine Niederlage der Sozialdemokraten in den industriellen Zentren konstatiert werden. So verlieren sie die wichtigsten derjenigen Rathhäuser, in denen sie bisher die Majorität hatten, an die Liberalen. Zu der Niederlage in Seraing kommen in dieser Hinsicht die Niederlagen in Herstal, in La Louviere, im Hauptort des Zentrums, in Fiemalle, in Morlanvelz, in Couvaing. Erfolge erzielten die Sozialisten besonders dort, wo sie mit den Liberalen verbündet waren, wie in den Brüsseler Vororten und an vielen Plätzen der Provinz Südtirol. Die Liberalen verlieren die Mehrheit in Heyst, in Tongres, und in einigen wenigen kleineren Plätzen. Sie eroberten dafür Bastogne, Fette, Koefelberg, Seraing, La Louviere und eine nicht unbedeutliche Anzahl kleinerer Gemeinden. Bei den kirchlichen Stufen den Verlusten annähernd ebenso viele Gewinne gegenüber. Sie behaupteten sich wieder in Namur. In Brüssel verlieren sie einen Sitz an die Liberalen, in den anderen großen Städten bleibt Alles beim Alten. Der Gesamteindruck der Wahlen ist, daß die Liberalen diesmal am besten von den drei Parteien abgeschnitten haben. Wie man weiß, ist das belgische Gemeindefürsorgegesetz für die Sozialisten besonders ungünstig.“ — Leider scheint es bei diesen Wahlen nicht ohne blutige Zwischenfälle abgegangen zu sein. So wird dem national-liberalen „Hann. Cour.“ aus Mons berichtet: „Sonntag Abend erklärten revolutionäre Sozialisten, die ihre Niederlage witterten, das Wahlbureau im Rathhause von Duaregnon, feuerten Revolverkugeln gegen die Bureaumitglieder ab und erklärten sodann das liberale Wahlkollekt, wo es zu einer Messerfehde kam. Der Bürgermeister sah dem Kampfe mit verschränkten Armen zu, bei dem ein Mann getödtet und zahlreiche Personen verwundet wurden. Aus Mons eingetroffene berittene Gendarmen räumten sodann den Rathhausplatz, wobei noch weitere Verwundungen vorkamen.“

England.

Internationale Solidarität. Die Maschinenbauer am Clyde sind, wie „Wolffs Bureau“ berichtet, aufgefordert worden, unter sich eine Subskription für den deutschen Metallarbeiterverband zu veranstalten, der bekanntlich in Berlin mit den Metallwarensabrikanten in einen Streit um die Herabsetzung der Arbeitszeit gerathen ist. Die Aufforderung ist ergangen, um die Unterstützung der Deutschen vor sieben Jahren zu vergelten, als diese den Zustuß von Arbeitern vom Festlande verhinderten und 14 500 Pfd. St. sammelten.

Spanien.

Der Erfolg der spanischen Sozialisten. Dem agitatorischen Eifer der spanischen Sozialdemokraten ist es, wie bereits kurz von uns gemeldet wurde, gelungen, nach jahrelangem Kampfe ein Wahlprivileg der Besitzenden aus dem Wege zu räumen. Der Artikel 41 der Gemeindevahlordnung beschränkte das passive Wahlrecht in Gemeinden von mehr als 1000 Einwohnern auf jene Personen über 25 Jahre, die den oberen zwei Dritteln der Zahl von Grund-, Handels- und Gewerbesteuern angehörten. Die Arbeiter waren also vom Gemeinderath ausgeschlossen. Eine königliche Verordnung vom 2. ds. hat diese gehässige Bestimmung außer Kraft gesetzt und festgesetzt, daß in Gemeinden von mehr als 400 Einwohnern die Leistung einer Personal-Einkommensteuer bis zur ersten Klasse die Wahlbarkeit zur Folge haben soll. Die Bedingung der vierjährigen Sebstständigkeit — in Gemeinden unter 400 Einwohnern der zweijährigen — bleibt weiter in Geltung. Außerst interessant ist der Wortlaut der Verordnung, die in der offiziellen „Gazeta“ am 3. ds. veröffentlicht worden ist. In der Einleitung wird ausdrücklich auf die Bemühungen des Nationalkomitees der spanischen sozialistischen Partei und anderer Arbeitervereinigungen hingewiesen.

Serbien.

Mit einem Hymnus auf die serbischen Königs-mörder hat die Adressenliste in der Belgrader Stupschina ihr würdiges Ende erreicht. Der Adressentwurf wurde Sonnabend endgültig mit einer Abänderung angenommen, die vom Abg. Juba Bimkowitz in einer die That vom 11. Juni verherrlichenden Rede beantragt war. Der die Armee betreffende Passus hat nun folgenden Wortlaut: „Glücklich, aus dem Munde Eurer Majestät die Bestätigung der königlichen Ueberzeugung zu vernehmen, daß die serbische Armee auf der Höhe ihres Berufes steht, ist die Stupschina überzeugt, daß die Armee innerlich verbündet und um den Thron versammelt, als Schutz des Landes und als eine Gewähr der Ordnung und Gesetzlichkeit unter Führung des Entschlossenen des größten serbischen kriegerischen Genies den Erwartungen des Königs mit den Hoffnungen des Landes entsprechen wird.“ Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie!

Bulgarien.

Blutige Wahlagitator. In vielen Orten ereigneten sich bei der Wahlbewegung Zusammenstöße zwischen der Bevölkerung und dem zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgegebenen Militär. Der Kriegsminister erklärte infolgedessen, er werde die Soldaten nicht mehr zu Vollknechten hergeben. Er ist dadurch mit seinen Kabinettskollegen in Konflikt gerathen. Eine Ministerkrise wird als bevorstehend betrachtet.

Amerika.

Eine Hungersnoth droht im Goldlande von Klondike auszubrechen. Infolge des ungewöhnlich niedrigen Wasserstandes der Flüsse verzögerte sich die Zufuhr von Lebensmitteln. Es bildet sich bereits Eis, wodurch nun der Transport von Nahrungsmitteln fast unmöglich gemacht wird. Die Preise für Lebensbedürfnisse haben eine schwindelnde Höhe erreicht. Fast die ganze Arbeiterschaft im Goldgebiete ist, einer Laffan-Welbung zufolge, gezwungen, sich überwiegend von Kaninchenfleisch und Moos zu nähren.

Sina.

Der Anschlag auf die englische Gesandtschaft

in Peking. Der britische Gesandte in Peking erklärt es für unwahr, daß ein Anschlag unternommen worden sei, das britische Gesandtschaftsgebäude in die Luft zu sprengen. Es hätten lediglich einige gewöhnliche chinesische Diebe einen Apparat zur Herstellung von Munition aus dem Magazin der Gesandtschaftswache gestohlen. Die Diebe seien bereits festgenommen worden; der größte Theil der gestohlenen Sachen, die weniger als 200 Mk. werth waren, konnten ihnen abgenommen werden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 20. Oktober 1903.

Eine Erinnerung. Am morgigen Tage sind 25 Jahre verflossen, wo in Preußen-Deutschland ein Gesetz in Kraft trat, durch welches die mächtig aufstrebende Arbeiterbewegung und insbesondere die Sozialdemokratie erdroffelt werden sollte: Das Sozialistengesetz, das am 21. Oktober 1878 erlassen wurde. 12 Jahre lang mußte das deutsche Proletariat unter diesem, jede freie Regung hindernenden Schmachgesetz leiden, 12 lange Jahre wurde das freie Wort in Fesseln geschlagen.

Der Vater dieses Gesetzes — derselbe Mann, dem Lübecks sog. „national“ gesinnten Kreise am 2. Sept. d. J. vor dem Bahnhof ein Standbild errichtet haben — versuchte, der Partei, die ihm bei seinen Raubzugsplänen auf die Taschen des Volkes den entschiedensten Widerstand entgegengekehrt haben würde, einen Wahnsinnigen an die Rockschöße zu hängen, um sie auf diese Weise mundtot zu machen. Leider ist ihm dieser Versuch geglückt. Trotzdem aber sollte er an seinem Kinde keine Freude haben; allen Ausweisungen, allen Verfolgungen zum Trost ist die Sozialdemokratie immer weiter vorwärts geschritten, bis schließlich ihr enormes, bei den 1890er Wahlen zum richtigen Ausdruck gekommenes Wachsthum das Schandgesetz zu Fall brachte.

Da ist es wohl angebracht, wenn Lübecks Sozialdemokratie am morgigen Mittwoch einmal im Geiste dieser Sturm- und Drangzeit der Arbeiterbewegung gedenkt; wenn den alten Kämpfern für die Rechte und Freiheiten des Volkes Gelegenheit geboten wird, sich jener schweren und doch sieggetränkten Zeiten zu erinnern. Aus diesem Grunde hat der hiesige Sozialdemokratische Verein zu morgen Abend eine Volksversammlung im großen Saale des Vereinshauses arrangiert, in der sicheren Erwartung, damit einem Wunsche der Genossen zu entsprechen.

So geben wir denn der festen Zuversicht Ausdruck, daß diese Versammlung sich eines überaus zahlreichen Besuches seitens der Genossen zu erfreuen hat. Möge diese Versammlung ein treffendes Gegenstück bilden zu jenem Rummel, welcher hier am 2. September ds. Js. in Szene gesetzt wurde. Auf zur Volksversammlung!

Abermals ein Streikführer verurtheilt. Bekanntlich war im Juni d. Js. auf der Tremier Knochenmühle ein Streik der dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ausgebrochen. Anlässlich dieses Streiks soll nun der Arbeiter Bruh aus Schwartau am 9. Juni die Arbeitswilligen Löpfer und Ehefrau Köpfer durch Drohungen veranlaßt haben, die Arbeit nicht aufzunehmen und sich den Streikenden anzuschließen. Er hatte sich dieserhalb gestern wegen Nöthigung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung der Strafammer I (Kammer für die Oldenburger Sachen) zu verantworten. Nach der Anklage soll B. am genannten Tage in Schwartau den beiden Arbeitswilligen die Worte: „Du Lach, Du Lump, Du willst auf der Knochenmühle arbeiten!“ zugerufen und hierbei mit einem aus einem Knick geschmittenen dicken Stock gedroht haben. Der Angeklagte gab bei seiner Vernehmung an, daß er auf dem Tremier Eisenwerk arbeite. Am Morgen des 9. Juni habe er sich auf dem Heimwege befunden; da sei eine Frau, die bisher vor ihm ging, auf ihn zugekommen und habe ihn gefragt, ob er „glou“e, daß sie auf der Knochenmühle arbeite. Hierauf seien seinerseits die Worte gefallen: „Du dummes Luder, kannst mich nicht ruhig meiner Wege gehen lassen?“ Mit einem Stocke habe er nicht gedroht. Die Arbeitswilligen erklärten bei ihrer Vernehmung, daß sie auf dem Wege zur Fabrik von 2 Arbeitern, Bruh und Knieisch verfolgt worden seien. Nach Angabe des Löpfer hat dann nur B. geschimpft und mit dem Stocke gedroht, während die Köpfer behauptet, daß auch Knieisch geschimpft und gedroht habe. Zeuge Knieisch, der wegen Verdachts der Mithäterschaft unendlich vernommen wurde, sagte aus, daß er von einer Schimpferei und Bedrohung der Arbeitswilligen nichts gehört habe. Die Verfolgung der Arbeitswilligen sei der reine Zufall gewesen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten drei Monat Gefängniß. Das Gericht erkannte jedoch, unter Freisprechung von der Anklage des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung, wegen Nöthigung auf sechs Wochen Gefängniß. Dieses Urtheil weicht zwar wesentlich ab von demjenigen, das kürzlich von der Hopenstedt-Kammer gegen Streikführer gefällt worden ist. Dennoch aber ist es mit Rücksicht darauf, daß die unüberlegte Handlungsweise des Angeklagten auch nicht die geringsten Folgen gezeitigt hat, immerhin noch hart genug.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktien-gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Selsmann, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden. Der Vorstand.

Arbeitererzino. Heute Morgen gegen 5 1/2 Uhr verunglückte der bei einem Abbruch in der Fadenburger Allee beschäftigte Kutscher der Firma Sager u. Klüssmann dadurch, daß er infolge Anziehens des Pferdes von diesem herabglitt und einen doppelten Beinbruch davontrug. Herr Dr. Dinggraewe legte dem Verletzten den ersten Rathverband an.

Aus dem Gerichtssaal. Eine Aussteuer stahl sich bei einem Fuhrer in Semlin bedienstete Dienstmagd St. zusammen. Die bereits zweimal vorbestraute Angeklagte erhielt von der Strafammer 4 Monate Gefängniß. Ein schlechter Sohn ist der bereits einmal wegen Diebstahls vorbestraute 16-jährige Hausknecht M. Derselbe entwendete seinen in der Heiserstraße wohnenden Eltern zwei Sparfläschchen, auf die er 25 Mk. erhob, und etwa 40 Mark bares Geld. Hiermit verurtheilte er nach Hamburg; dort erlitt ihn jedoch sein Schicksal. Jetzt muß er 9 Monate im Gefängniß über diesen schändlichen Streich nachdenken. — Nach gewaltsamer Öffnung des Koffers

feines Logikollegen stahl der Schlichter S. aus demselben eine Hose, drei Hemden und einen Ring. 3 Monate Gefängniß sind die Folge. — Trotzdem er bereits vier Mal wegen Diebstahls erheblich bestraft ist, entwendete der Arbeiter M. in Ahrensbohl seinem Arbeitgeber aus einer Hofe 20 Mk. Er kommt diesmal noch mit einem blauen Auge, nämlich mit 9 Monaten Gefängniß, davon. — Dieselbe Strafe erhielt der Tischler Sch., der am 18. September aus einem Hausflur in der Bederggrube ein Fahrrad „pachtete.“ — Als ein stiller Kompagnon entpuppte sich der Kommis D., der bei der hiesigen Firma Hermann Behn u. Co. in Stellung war. Die gleichfalls dort angestellte gewesene M. kaufte von D., da sie sich in Bielefeld etablieren wollte, verschiedene Waaren zum Selbstkostenpreis von 272,55 Mk. Hieron bezieht D. jedoch einen Theil für sich. Auch nach Bielefeld hin hat D. der M. verschiedene Waaren zum Werthe von 240 Mk., natürlich aus dem Behn'schen Geschäft geliefert, ohne diesen Betrag abzuliefern. Mit verschiedenen anderen Unterschleifen soll das Geschäft durch D. um knapp 800 Mk. betrogen sein. Nunmehr hatte sich D. wegen fortgesetzten Diebstahls, M. wegen Hehlerei zu verantworten. Letztere wurde jedoch freigesprochen; da ihre Angabe, sie habe von dem Schwindel des D. keine Ahnung und im Uebrigen auch als Angestellte das Recht gehabt, Waaren zum Einkaufspreise der Firma zu beziehen, glaubwürdig erschien. Der „hille Theilhaber“ erhielt jedoch 1 Jahr Gefängniß, unter Anrechnung von 3 Monaten auf die Untersuchungshaft, auditirt.

Gefrandet ist am Sonnabend der Lübecker Dampfer „Frida Horn“ auf der Insel Sommar im Finnischen Meerbusen. Das Schiff ist das Opfer eines heftigen Sturmes und Schneegelöbers geworden; es gilt als total verloren. Die Mannschafft ist glücklicherweise durch einen finnischen Bergungsdampfer gerettet und nach Kotka gebracht. Der Dampfer ist mit 515 000 Mk. versichert.

Fleischbeschauer. Das Medizinalamt hat den Böttchmeister J. W. G. Dreihahn in Behlendorf zum Laienfleischbeschauer für den Beschaubezirk Behlendorf und den Malermeister B. Villner in Schlutup zum Laienfleischbeschauer für den Beschaubezirk Schlutup bestellt und vereidigt.

Die Buchbinder haben über folgende Firmen die Sperre verhängt: Berlin, Hohenschild, Bessel und Burmester. Kein Buchbinder darf dort eher in Arbeit treten, bis die Sperre aufgehoben ist.

pb. Auf abschüssiger Bahn. Ermittelt wurde ein bei einem hiesigen Kaufmann als Lausbürsche thätiger Schüler, der sich der Unterschlagung schuldig machte, und der außerdem seinem eigenen Vater etwa 20 Mark und einem Einwohner seines Herrn eine Sparbüchse mit 8,75 Mark stahl. Zwei Mitschüler, denen er von diesem auf unrechtmäßige Weise erworbenen Gelde etwas abgab, werden sich, da sie die Herkunft des Geldes kannten, wegen Hehlerei zu verantworten haben. Gelegentlich der Vernehmung dieser Knaben stellte sich noch heraus, daß einer der Hehler betrunkenen Personen, die sich in den Wallanlagen hinter dem Bahnhof zum Schlafen hingelegt hatten, das Geld, welches sie bei sich führten, aus den Taschen stahl.

pb. Von einem Bierwagen überfahren. Gestern Nachmittag gegen 2 1/2 Uhr wurde an der Ecke der Berder- und Marktstraße die vierjährige Tochter eines Schreibers durch einen Bierwagen der Adler-Brauerei überfahren und ziemlich erheblich verletzt. Den Wagenführer soll nach der Aussage von Augenszeugen die Schuld treffen.

pb. Eigentumsvergehen. Vom Hofe eines Gasthauses wurde in den letzten Tagen ein etwa 6 Meter langes eisernes Pumpenrohr gestohlen.

e. Stockelsdorf. Eine Parteiversammlung wird sich heute, Dienstag Abend, bei Paetau mit dem Dresdener Parteitag befassen. Genosse H. Wisseil wird den Bericht erstatten. Hörtentlich werden die Genossen zahlreich erscheinen.

Selmendorf. Das Loos des Landarbeiters. Der unseren Lesern aus der Lauener Affäre bekannte Arbeiter Schaefer verstarb nach seiner Entlassung aus der Haft erklärlicherweise keine Lust mehr, nach jenseits in den „gelegneten“ Gefilden des Lauener Gutshofes zu weilen. Es gelang ihm denn auch, sofort auf dem Selmendorfer Hof Arbeit zu erhalten. Jetzt ist er dort wieder entlassen worden, weil der Richter des Hofes ihn ohne einen Entlassungsschein von seiner letzten Arbeitsstelle nicht beschäftigen darf. Der Gewaltige von Launen stellt ihm jedoch unter den obwaltenden Umständen keinen Schein aus. So ist der Mann also, falls er nicht anderweitige Arbeit erhält, gezwungen, den Staub Mecklenburgs von seinen Pantoffeln zu schütteln, da er als Gutсарbeiter ohne einen Schein keine Beschäftigung erhält. Netze Zustände!

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Eine Arbeitseinstellung seitens der Gehülfen, Arbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher der Zuderwarenfabriken von König u. Bauhardt und S. Münster in Altona-Ottensen ist erfolgt, da die von dem Personal gewünschte Verfürzung der Arbeitszeit und Lohn-erhöhung abgeschlagen worden ist. — Die Arbeiter der Rickmers'schen Meismühlen in Bremen sind in eine Lohnbewegung getreten. Es handelt sich um eine kleine Lohnausbesserung und Arbeitszeitverkürzung. Jedenfalls ist es heute Morgen schon zum Streit gekommen, da die Firma jede Unterhandlung ablehnt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Ein am 1. Okt. ds. Js. beim Kenderburger Trainbataillon eingestellter Rekrut hat sich in der Kaserne erhängt. Ueber die Motive zum Selbstmord ist nichts bekannt. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Das fängt ja gut an! — An einem Bissen erstickte Sonnabend Abend in Gütrow der ländliche Arbeiter Urban. Als er in der Gastwirtschaft von Allering ein Bissen Fleisch in den Mund steckte und wahrscheinlich fast unzerkleinert verschluckte, fiel er sofort hintenüber und zeigte Spuren des Erstickungstodes. Die ärztliche Hülfe kam leider zu spät. — Bei einem Fener auf dem Hols'schen Gehöfte in Klüg, durch welches die Scheune eingestürzt wurde, verbrannten außer den Scheinvorräthen 4 Pferde, 2 Schafe, mehrere Schweine und Federvieh. — Haftbefehl wegen Mordes hat der Untersuchungsrichter beim Landgericht Stade gegen die Ehefrau Schröder erlassen. Die Person ist dringend verdächtig, in Garburg die unehelichen Kinder des Dienstmädchens einer Herrschaft in Hamburg durch Verabreichung ungenügender und verdorbener Nahrung vorsätzlich getödtet zu haben. Bei dem Tode eines dieser Kinder hat die Schröder, die unter dem Namen Neher in Garburg gewohnt hat, gegen den Vormund einen Erpressungsversuch ausgeführt. Sie ist wegen Betrügereien in Kostkinder-Angelegenheiten wiederholt vorbestraft.

Hamburg. Sind Berst- und Metallarbeiter in Deutschland wirklich vogelfrei? Ueber dieses Thema referirte Genosse Stadthagen, der seine Ausführungen aufbaute auf den bekannten, durch die große Werftarbeiter-Ausperrung hervorgerufenen Prozeß gegen die Firma Blohm u. Böh, der

belanntlich für die Arbeiter einen ungünstigen Verlauf nahm. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die bis zum Reichsgericht geführte Klage einiger Werftarbeiter, die gegen die Firma Blohm u. Voß und die Direktion der Hamburg-Amerika-Linie wegen Schadloshaltung der im Jahre 1900 widerrechtlich vorgenommenen Aussperrung angestrengt und abgewiesen wurde, hat zur Gewissheit erwiesen, daß die Arbeiter recht- und gefolglos sind und daß das Koalitionsrecht mit den daraus zu ziehenden Konsequenzen nur auf dem Papier steht, weil die Arbeiter im heutigen Klassenstaat, wenn sie von ihrem vermeintlichen Recht Gebrauch und eine Klage anhängig machen, zu ihrem Ungunsten und zu Gunsten der Arbeitgeber abgeurteilt werden. Dieses erkennend, erklären die Werftarbeiter und Metallarbeiter Hamburgs, um diese Ungleichheit zu beseitigen und Recht und Gesetz Achtung zu verschaffen, jetzt mehr denn je für die Kräftigung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu wirken, damit sie durch eigene Kraft das Unternehmertum zwingen können, die Arbeiter-Organisationen neben den Arbeitgeber-Verbänden als gleichberechtigt anzuerkennen.

Hamburg. Die Herren Polizeileutnants. Ein bürgerlicher Ausschuss hat sich sehr eingehend mit den hamburgischen Polizeiverhältnissen beschäftigt. Ein Senats-Antrag auf Vermehrung der Polizeibeamten hatte dem Bürgerchaftsmitglied Genossen Stolten Gelegenheit gegeben, Verfehlungen einzelner Polizeileutnants und andere Mißstände zur Sprache zu bringen. Wir haben seinerzeit auch darüber berichtet. In dem Ausschuss wurde indirekt zugegeben, daß ein Polizeileutnant Straßenlaternen ausgedreht hat, weil er zu seinem Privatvergnügen Liebespärchen belauschen wollte. Die angeblichen Verfehlungen eines anderen Polizeileutnants — er sollte betrunken auf der Straße aufgelesen und in einer Droßsche fortgebracht worden sein — wurden als unrichtig erklärt. Der Fall wurde amtlich so dargestellt: Der Polizeileutnant habe die Wuth einer aufgeregten Menge zu fürchten gehabt, weshalb ihn — er kam aus einem Restaurant — zwei Bekannte unter die Arme gefaßt und in eine Droßsche geschoben (!!) hätten. Im Ausschuss wurde die Frage gestellt, ob es den Herren Senatskommissaren nicht auffällig erscheine, daß hier das Publikum den Polizeileutnant weggebracht habe, während es doch die Aufgabe der Polizei sei, bei einem Auslauf das Publikum wegzubringen. Das Erstaunliche am Bericht ist jedenfalls der Umgang zu demselben, der drei Abtheilungsbefehle der vorgelegten Behörde giebt, durch die das Verhältnis zwischen Schutzmann und Publikum einwandfrei festgestellt worden ist. In diesen Befehlen wird den Schutzleuten eindringlich zu Gemüthe geführt, daß der Beamte zum Schutze des Publikums da sei, daß er unter allen Umständen das Wohl des Publikums höher stellen müsse, als seine eigene Person; er solle nicht empfindlich sein, dem Publikum habe er überhaupt nichts zu befehlen, sondern er habe es zu schützen; der Unteroffizierston müsse ganz abgelegt werden; auch seien die Bestimmungen zum Schutze des Publikums erlassen, und nicht, wie mancher Beamte glaube, um ihnen Gelegenheit zu geben, Meldungen zu erstatten. Segen das demeritische Sirebertum, sich durch unnothige

Meldungen hervorzuhelfen, wenden sich die Befehle der vorgelegten Behörde besonders scharf. Der Erfolg war ein überraschender. Während im Jahre 1893 z. B. die Zahl der Meldungen wegen Uebertretung der Straßenordnung 75 000 betrug, wurden im Jahre 1902 nur 21 000 erstattet, also beinahe 55 000 Meldungen weniger als 1893. — In der Bürgerchaft wird übrigens die Angelegenheit noch einmal zur Besprechung kommen.

Oldenburg. Berichterstattung vom Parteitag. In öffentlicher Parteiverammlung zu Oldenburg erstattete der Delegierte vom Parteitag in Dresden, Genosse Hug, Bericht. Nach der Ansicht Hugs lag außer der Vizepräsidentenschaftsfrage keine Thatsache vor, welche Grund gegeben hätte, die Frage der Taktik aufzurollen und in der Weise zu behandeln, wie es geschehen. Die Taktik, wie Kautsky sie darstellt, erwecke den Anschein, als solle die Taktik des Unabhängigen wieder aufleben. Diese Taktik führe zur parlamentarischen Abstümpfung und wäre ein gefundenes Fressen für die Scharfmacher der herrschenden Parteien und Gewalten. So lange jemand nicht die Nothwendigkeit der selbstständigen politischen Organisation der Arbeiterklasse verneine, habe man kein Recht, ihm Revisionismus zu unterstellen. Daß Bebel, Kautsky und Singer durch ihre Resolution die Taktikdebatte vom Saune getrocknet haben, scheine mehr aus Rücksicht auf die Parteientwicklung in Frankreich und Italien und der Furcht einer Uebertagung derselben nach Deutschland als infolge von Vorurtheilen in der deutschen Partei geschehen zu sein. In der Diskussion stellten sich alle Redner auf den Standpunkt des Referenten und verwurfsen den Revisionismus und die Unabulksamkeit, wie sie in den Reden der Genossen Bebel, Kautsky u. A. zum Ausdruck gekommen seien.

Rechte Nachrichten.

Danzig. Blitzschlag. Der beim Hofbesitzer Stürmer in Kamiate bei Marienburg in Dienst stehende Hülfsjunge Dunga wurde, einer Meldung des Berl. Tagbl. zufolge, durch einen Blitzschlag schwer verletzt, und drei Pferde getödtet.

Erfurt. Risiko der Arbeit. Amlich wird gemeldet: Montag gegen 6 Uhr wurde der Streckenarbeiter Lapp aus Büchel auf dem Wege zur Arbeit von dem nach Büchelhausen fahrenden Zuge 34 überfahren und so schwer verletzt, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb. Kurz darauf wurde der auf einem Streckenrevisionszuge befindliche Bahnwärter Schröder von hier auf derselben Strecke von einem Arbeiterzuge überfahren. Er mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Hannover. Eine entsetzliche Thatsache wurde Sonnabend Nachmittag in der Büchsenmacherei des Füsilier-Regiments Prinz Albrecht verübt. Dorthin kam der Füsilier-Meyer VII, um eine kleine Reparatur auszuführen; der anwesende Büchsenmachergehülfe Schröder wollte dies nicht dulden und wies Meyer hinaus. Als dieser nicht sofort die Werkstatt verließ, wurde Schröder zornig, riß eine dünne Eisenkante aus dem Feuer und ließ das glühende Eisen

dem Meyer in die Brust. Mit einem lauten Ausschrei sank Meyer zu Boden, die glühende Stange hatte die Lunge durchbohrt. Der Schwerverletzte wurde sogleich nach dem Lazareth geschafft; an seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Göttingen. Bauarbeiterriß. Am Neubau des hiesigen physikalischen Instituts wurde Sonnabend ein Arbeiter durch herabfallendes Baumaterial erschlagen. Zwei Arbeiter erlitten schwere Verletzungen. — Typhusepidemie. Im Nachbarort Grono wurden 7 Typhusfälle amtlich konstatiert, zwei von ihnen verliefen bereits tödtlich.

London. Auf geheimnißvolle Weise verschwinden war im Monat August ein Fräulein Dr. Sidmann. Am Sonntag wurde ihre Leiche im Richmond Park von Kastanien suchenden Knaben gefunden. Die Leiche war schon stark in Verwesung übergegangen. Anscheinend liegt Selbstmord vor.

Barcelona. Dynamit-Anschlag. Auf der Treppe des Hauses, in dem der Polizeichef wohnt, explodirte Sonntag ein mit Sprengstoff gefüllter Behälter; niemand wurde verletzt, aber großer Materialschaden angerichtet.

Odesa. Bei einem Erdbeben in Chorasam wurden 13 Dörfer zerstört und angeblich 250 Menschen getödtet. 5000 Personen sind obdachlos.

New-York. Schwere Eisenbahnunglück. Nach Kabelmeldungen der „Frk. Btg.“ stießen zwei Arbeitszüge der Pennsylvania-Eisenbahn unweit Trenton (New-York) infolge dichten Nebels zusammen. 16 Arbeiter wurden getödtet und 30 verletzt. — Aus San Francisco wird gemeldet, daß Doktor Gresh Sonntag in einem selbst konstruirten lenkbaren Luftschiff über die Stadt fuhr bei häufigem Richtungswechsel.

Briefkasten.

Z. 476. Bis zum 1. Januar 1904. Bielefelder Cales- und Biscuit-Fabrik von Straimann u. Meyer in Bielefeld (Westfalen).

Z. A., Müln. Selbstverständlich ist die Post verpflichtet, auch am ersten eines Quartals noch Abonnements auf Zeitungen anzunehmen. Für die Nachlieferung der schon erschienenen Nummern verspätet bestellter Zeitungen ist jedoch eine Gebühr von 10 Pfg. zu entrichten.

Quittung.

Für die Grimmitzhauser Textilarbeiter gingen ein:
 Von einem Petroleur 10,— Mk.
 Vom Arbeiter-Turnverein 20,—
 Bereits quittirt 1649,—
 Summa 1679,— Mk.
 Expedition des „Ab. Volksb.“

Straßburg-Neckart.

Hamburg, 19. Oktober.
 Der Schweinehandel verlief flau.
 Zugeführt wurden 350 Stück. Preis: Seugschweine — Mk., Berlandschweine, schwere 49—50 Mk., leichte 49—60 Mk., Sauen 40—46 Mk. und Ferkel 45—49 Mk. pr. 100 Pfund.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Verband der Zimmerer.
 Mittwoch 8 1/2 Uhr:
 Komiteesitzung.

Zu verm. die 1. Et., 33. u. 34b.
 Nr. 210 Schwabauer Allee 88a. St.

Am 1. Januar zu vermieten die 1. Etage Warendorfsstr. 4, 2 Staben. In Eltern ein Beriche in die Tischlerei. Georg Behack, Bau- u. Möbel-Anstalt, Warendorfsstr. 4, St. Lorenz.

Wer leibt Jemand 10 Mark
 gegen wöchentliche Abzahlung?
 Nr. 738 an die Exped. d. Bl.

Regen Anjabe des Geschäftes in eine Schabmacher-Arm-Maschine billig zu verkaufen. Näh in der Exped. d. Bl.

Durch Zufall einen Kasten Eierkartoffeln East 2,00 und 5,30 Mk. J. Wulff, Dornestr. 10.

Aepfel.

Morgen Mittwoch und Donnerstag an der Bahn beim Güterbahnhof:
 Eine Ladung prima hohle Aepfel.

Wintertafeläpfel.

bei Abnahme von 10 Pfund äußerst billig.
 Billige Bezugsquelle für Wiederverkäufer

Lehrer Ernst Salpeterstraße 100, hiesiger Postfach 21.
 E. L. Wiegels (vorm. J. C. Bange) Südergrube 61. Dezember 217.

Fremdwörterbuch

in 15 Lieferungen à 20 Pfg. Geb. 3,00 Mk.
 Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Die Kolonialwaarenhandlung

Warendorfsstraße 32, Ede Beverdesstraße, Warendorfsstraße 32
 halte meinen Freunden und Gönnern bestens empfohlen.

Verkaufungsanfall
Carl Buck. früher: Westhoffstraße 11.

Öffentl. Versteigerung.

Am Freitag den 23. Oktober, Morgens 10 Uhr, werde ich Vorstadt St. Lorenz, Nebenhoßstraße 3a, eine große Parthie alte Thüren, Fenster, Bretter, Brennholz und dergl. öffentlich gegen Baarzahlung versteigern.
Gustav Reimers
 beid. Auktionator.



Chiffre-Anzeigen
 für Personal-Gesuche
 Stellen-Gesuche
 An- und Verkäufe
 Finanzirungen sowie
 Annoncen jeder Art
 besorgt am besten und billigsten die
 älteste Annoncen-Expedition
Haasenstein & Vogler A. G.
 Lünebeck
 Markt Nr. 1 Fernsprecher 319

Alb. Hidde, Reiferstrasse 8.
 Merktelstr. 21.
 Einmalige:
 Prima Kalbsfleisch 1 Pf. 40 u. 50 Pfg.
 Schweinefleisch 1 Pf. 60 Pfg.
 Jettens junger Hühn. 1 Pf. 55 u. 60 Pfg.
 Scharwade und Schafsch. 1 Pf. 70 Pfg.
 sowie feinst. Dorschbraten à 1 Pf. 70 Pfg.

Verein der Kleinhändler.

Mitgliederversammlung
 am Dienstag den 20. Oktober
 Abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
 Der Vorstand.

Achtung Maurer!

Die regelmäßige Versammlung fällt der Volkerversammlung wegen aus.
 Der Vorstand.

Sparklub „Alles da“.
 Generalversammlung Mittwoch den 21. Oktober, Abends 8 Uhr.

Quartettverein Amicitia.

General-Versammlung
 am Sonnabend den 24. Oktober
 Abends 8 1/2 Uhr
 in Haub's Gesellschaftshaus, Johannisstr. 25.
 Tages-Ordnung:
 Abrechnung, Zahl. Rasenball, Lokalfrage, Berichtigendes.
 Der Vorstand

Achtung!

Heute Mittwoch, Abends:
I. grosses Frei-Konzert
 in **UNIVERSUM**
Beckergrube 44.
 Kommt und vernehmt das Programm. Bier à Seidel 15 Pfg.
 Ludw. Palm, der Original-Humorist.

Verkegeln

von
jetten Gänjen u. Enten
 am Mittwoch d. 21. Okt.
 Anfang Morgens 9 1/2 Uhr.
 Hierzu ladet freundlichst ein
Kloedstraße 45. R. Jenner.

Gesangverein „Eintracht“

BÄLLE

am Sonntag den 25. Oktober im „Vereinshaus“
 Johannisstraße 50—52.
 Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
 Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.
 Der Vorstand

Circus Variété.

Größte Sensation erregt was je in Lübeck geboten:
Siegmund Steiners
Waldeszauber
 Kommen, sehen und staunen.
 Durchschlagender Erfolg sämtlicher anderen Spezialitäten.
 Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater

7 1/2 Uhr. Mittwoch d. 21. Oktober. 7 1/2 Uhr.
 26 Vorstellung. 4. Mittwochs-Abonnem.
Prinz von Homburg.
 Donnerstag den 22. Oktober
 27. Vorstellung. 4. Donnerstags-Abonnem.
Cavalleria rusticana.
Bajazzo.

Kommissionäre: Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Hamburg, Markt 1. Fernsprecher 319. Druck: Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co., Hamburg, Markt 1. Fernsprecher 319.

An die Wähler zum preussischen Landtag!

Wähler! Die Landtagswahlen nahen heran. Am 12. November finden die Urwahlen statt, in welchen die Wahlmänner zu wählen sind, am 20. November finden alsdann die Abgeordnetenwahlen statt, deren Wahl die am 12. November gewählten Wahlmänner vorzunehmen haben. Die Urwähler wählten obendrein in drei Klassen, abgetheilt nach der Steuerleistung, ihre Wahlmänner und ist bei diesen, wie nachher bei den Wahlen der Abgeordneten, die öffentliche Stimmabgabe Vorschrift. Dieses sind mit wenigen Worten gekennzeichnet die Grundlagen des Landtagswahlrechts, das nach dem Urtheil des Fürsten Bismarck im konstituierenden Norddeutschen Reichstag im Jahre 1867 das elendeste und erbärmlichste aller bestehenden Wahlgesetze ist.

Die kapitalistische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat den plutokratischen Charakter dieses elendesten und erbärmlichsten aller Wahlgesetze noch verschärft. Mehr als je zuvor ist es durch die erste und zweite Wählerklasse repräsentiert, der die Macht in den Händen hat und über den Ausgang der Wahlen entscheidet, wohingegen die große Masse der in der dritten Wählerklasse vereinigten Wähler nur dann ausschlaggebend wirken kann, wenn sie in den Parteien der ersten und zweiten Wählerklasse das Jünglein an der Waage bildet. Gestützt auf diese Möglichkeit hat die Sozialdemokratie den Beschluß gefaßt, sich an den bevorstehenden Wahlen versuchsweise zu betheiligen, um festzustellen, wie weit das arbeitende Volk bei einem solchen, Recht und Gerechtigkeit verhöhrenden Wahlssystem einen Erfolg zu erringen vermag.

Wähler! Wir wissen, daß unter der Herrschaft dieses Dreiklassenwahlsystems und besonders auch wegen der damit verbundenen öffentlichen Stimmabgabe große Hindernisse vorhanden sind, um die Stimmen des arbeitenden Volkes zur Geltung zu bringen. Hunderttausende, die bei den Reichstagswahlen zu uns halten und unsere Kandidaten ihre Stimmen geben, sind bei der öffentlichen Stimmabgabe bei den Landtagswahlen gezwungen, entweder der Wahlurne fern zu bleiben und so auf die Ausübung ihres wichtigsten Staatsbürgerrechts zu verzichten oder sogar gegen ihre Ueberzeugung, einem Drucke von oben folgend, Kandidaten zu wählen, die sie als ihre Todfeinde ansehen. So kommt zu der Rechtlosigkeit noch die politische Heuchelei, zu welcher Staatsgewalt und herrschende Klassen ungezählte Wähler zwingen. Das hindert aber nicht, daß diese Gewalten sich als Hüter und Wähler der öffentlichen Moral und Sittlichkeit auswerfen. Um so notwendiger ist, daß diejenigen Wähler, die Rücksichten nicht zu nehmen haben, Mann für Mann am 12. November an die Wahlurne treten und den sozialdemokratischen Wahlmännern ihre Stimme geben, welche unsere Partei in allen den Wahlbezirken der Wahlkreise aufstellen wird, in welchen sie sich Erfolg verspricht.

Wähler! Das bisher gültige Wahlssystem verhinderte, daß der preussische Landtag als eine Volksvertretung angesehen werden konnte. Er war bisher eine ausschließliche Vertretung der besitzenden Klassen und konnte nichts anderes sein, und dementsprechend sind auch die Gesetze, die diese „Volksvertretung“ beschloffen und die Maßnahmen, denen sie ihre Zustimmung gegeben hat, ausgefallen. Die weitest ausgedehnte Partei in Preußen, die Sozialdemokratie, ist bisher im Landtag auch nicht durch einen Abgeordneten vertreten gewesen. So ist es gekommen, daß unter der Herrschaft dieser privilegierten Klassenvertretung sich vielfach Zustände herausgebildet haben, die eines Kulturstaates unwürdig sind. Neben der zweiten Kammer des Landtags, dem Abgeordnetenhaus, besteht aber auch noch die erste Kammer, das sogenannte Herrenhaus, in dem die Privilegiertesten unter den Privilegierten vertreten sind, die es als ihre vornehmste Aufgabe ansehen, jedem wirklichen Fortschritt ein Hindernis zu bereiten und die staatliche Entwicklung in den Damm-

schrauben eines mittelalterlichen feudalen Absolutismus zu zerquetschen. Ist schon das Abgeordnetenhaus eine Versammlung Gewählter, die jedem Begriff einer Volksvertretung Hohn spricht, in dem Herrenhaus begegnen wir einer Versammlung Ernannter, deren Hauptverdienst am Staat und Gesellschaft für die große Mehrheit unter ihnen darin besteht, daß sie sich die Mühe nahmen, geboren zu werden, und zu verzeihen, was sie nicht erworben haben. Gegen diese entwürdigenden Zustände muß bei den bevorstehenden Wahlen zum Landtag durch eine möglichst große Zahl sozialdemokratischer Stimmen energig Protest erhoben und der Versuch gemacht werden, durch Wahl von sozialdemokratischen Vertretern den Interessen der bisher unberücksichtigten arbeitenden Volksmehrheit einigermaßen gerecht zu werden, um Zustände zu bekämpfen, die eine Schmach für unser Zeitalter und eine Schande für den Staat sind.

Wähler! Darum auf zur Wahl am 12. November! Die Kandidaten der Sozialdemokratie werden im Falle ihrer Wahl einzutreten haben:

Für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Vertretungskörper (Staat, Gemeinden etc.) an alle für mündig erklärten Staatsangehörigen. Gesetzliche Eintheilung gleicher Landtagswahlkreise. Proportionalwahl (Verhältnismahlsystem). Beseitigung des Herrenhauses. Freiestes Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht für alle Staatsangehörigen, insbesondere auch für die Arbeiter in den Staatsbetrieben und die ländlichen Arbeiter; Aufhebung des Gesetzes über die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs der ländlichen Arbeiter; Beseitigung der Dienstbotenordnungen.

Einführung des zehnstündigen Normalarbeitstages in den Staatsbetrieben und Staatsverhältnissen; auskömmliche Löhne nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse; Verallgemeinerung der Gewerbe-Aufsicht und Wahl von Vertretern der Arbeiter und Arbeiterinnen als Hilfspersonen für die Gewerbe-Aufsicht; auskömmlicher Arbeiterschutz.

Volle Gleichberechtigung der im preussischen Staate lebenden Nationalitäten, insbesondere in Bezug auf den Gebrauch ihrer Muttersprache.

Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. Volle Freiheit der Religionsübung und volle Selbstverwaltung der religiösen Gemeinschaften. Verbot, öffentliche Mittel für irgend welche religiöse Zwecke zu verwenden.

Hebung des Volksschulwesens durch mögliche Erhöhung der Löhne für die körperliche und geistige Ausbildung; Vermehrung und materielle Besserstellung der Lehrer; Einheitschule für alle schulpflichtigen Kinder; Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel und Vereinfachung der Lehrmittel; Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für Stadt und Land; Uebernahme der Kosten für die Volksschule durch den Staat.

Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege nach den Anforderungen der Hygiene; Bau von Spitalern, Heil- und Rekonvaleszenten-Anstalten durch den Staat; Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Apotheken.

Beseitigung des Wohnungselends und der Wohnungsnoth durch staatliche Maßnahmen; Wohnungsgesetzgebung; Bau von Wohnungen in staatlicher Regie; Vermehrung des staatlichen Eigentums an Grund und Boden.

Förderung von Kunst und Wissenschaft und Zugängmachung ihrer Erzeugnisse und Ergebnisse für die Allgemeinheit; Errichtung von Museen und wissenschaftlichen Sammlungen; öffentliche Bibliotheken etc.

Förderung von Industrie und Landwirtschaft durch Errichtung höherer Fach-, Lehranstalten, Lehranstalten, Musterwirtschaften, Musterbetriebe; Unterstützung des Genossenschaftswesens; Kanal-, Eisenbahn- und Straßenbau durch den Staat; Regulierung der Wasserstraßen und Schaffung von Schutzeinrichtungen gegen Ueberschwemmungsgefahren; Entschädigungspflicht des Staats, soweit durch

sein Verschulden dem einzelnen Schaden zugefügt wird. Verstaatlichung der Gruben und Bergwerke.

Ernötigung und Vereinfachung der Personen- und Frachttarife; Einführung der Reichsverwaltung für das gesamte Eisenbahnwesen.

Verbesserung der Rechtspflege durch erhebliche Vermehrung der Richterstellen; Vereinfachung und Beseitigung der Rechtspflege.

Bekämpfung aller Vorrechte, die einzelnen Ständen oder Klassen auf Kosten der Gesamtheit eingeräumt wurden; Beseitigung der ererbten Güterbesitze. Keine Liebesgabenpolitik.

Volle Gleichberechtigung bei der Besetzung öffentlicher Aemter und Stellen; Schutz der Beamten gegen Uebergriffe von oben und finanzielle Besserstellung der niederen Beamtenklassen.

Schutz des Publikums gegen Uebergriffe von Beamten; volle Verantwortlichkeit und Entschädigungspflicht des Staats für die Uebergriffe seiner Beamten.

Reform der Armen- und Waisenspflege im Sinne größtmöglicher Humanität.

Reform der Steuergesetzgebung: Erhöhung der Progression für die Einkommen über 6000 Mk.; Einführung der Progression für die Vermögens- und Erbschaftsteuer.

Volle Selbstverwaltung der Gemeinden; Beseitigung des Bestätigungsrechts für gewählte Gemeindebeamte.

Wähler! Das sind die Mindestforderungen, die wir zu stellen haben und welche der Staat erfüllen muß, will er dem idealen Zweck, dem zu dienen er vorgiebt, Schutzanstalt für die Armen, Schwachen, Unterdrückten und Ausgebeuteten, ein Schirm des Rechts und ein Bestrafer des Unrechts zu sein, auch nur einigermaßen gerecht werden.

Ist dieses Ziel, das wir dem Staate zuschreiben, auch das Eure, so unterstüzt unsere Kandidaten durch Eure Stimmen bei den Wahlen!

An unsere Parteigenossen aber richten wir die Aufforderung, so weit es noch nicht geschehen ist, unverzüglich in die Wahlkämpfe einzutreten und alles aufzubieten, was in ihren Kräften steht, um den Ausfall der Wahlen am 12. und 20. November zu einem für die Partei möglichst günstigen zu gestalten.

Hoch die Sozialdemokratie!

Das Zentral-Wahlkomitee für die preussischen Landtagswahlen:

Auer, Bebel, Eberhardt, Gerich, Pjannluch, Singer, Wengels.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Im Töpferstreik in Bellen haben sich die Verhandlungen trotz dreitägiger Bewährungs des Landraths von Wilms zerfallen. Die Unternehmer lehnten alles rundweg ab. — Die Neunhunderbewegung der Kürschner in Berlin wurde am Donnerstag von der öffentlichen Kürschnerversammlung, die im Altonaer Schützenlaufe tagte, für beendet erklärt, nachdem nun auch die Hausindustriellen, der „Berein der selbstständigen Kürschner“, einen korporativen Arbeitsvertrag mit dem Verband der Kürschner Berlins und Umgegend abgeschlossen hat. — Die Lohnbewegung der Töpfer in Gera ist in der am Donnerstag zwischen den beiden Parteien geführten Unterhandlung zu Ende geführt worden. Der geforderte Lohnsatz ist mit einigen unbedeutenden Abänderungen genehmigt worden. Die Arbeitszeit beträgt hinfort nur noch 9 1/2 Stunden, der Minimallohn für Wersseher 45 Pf. pro Stunde. Für auswärtige Arbeiten wird pro Tag 2 Mark Auslösung vergütet. Bei benachbarten Orten, wo tägliche Hin- und Rückfahrt möglich ist, wird außer dem Fahrgeld auch der Mittagstisch bezahlt. Für Ueberstunden erfolgt ein Zuschlag von 20 Prozent. Dafür verpflichten sich die organisierten Gehilfen, keine selbstständigen Arbeiten aus-

Das Vermächtniß des Bedlars.

(Folge des Romans: „Der Bedlar“).
Von Otto Kuppis.

(6. Fortsetzung.)

Alles ging an Ellens Geist vorüber wie ein Traum, in welchem man schon vorher weiß, was kommen wird, und in dem man sich über nichts wundert. Sie sah sich durch den Drang der Verhältnisse an Helmsbedts Brust geworfen, und es trat klar vor sie, daß doch eigentlich nur die Aufregung jener Tage ihren Gefühlen für ihn eine Färbung gegeben hatte, die sie für Liebe genommen und die sie für die erste Zeit auch wohl eben so befehligt hatte; daß doch nur die ungewohnte Hartnäckigkeit ihrer Eltern in Befolgung des beschlossenen Heirathsprojektes, zusammen mit Helmsbedts Ekel, der sich lieber der höchsten Gefahr aussetzte, als daß er einen Schatten auf ihre Ehre hätte fallen lassen, sie zu den äußersten Schritten, zu einem Aufgeben ihrer Heimath und zu einer raschen Verbindung mit Helmsbedt hatte treiben können. Sie trachte fort, und es fiel wie ein heller Sonnenstrahl in ihre Gedanken — das waren die Worte, welche ihr heute von ihrem Vater gesandt worden waren; ihr Herz schwellt, und die Liebe zu dem Mann, der sie ihr ganzes Leben lang wie eine thure Blume gehet und gepflegt, brach in ihr mächtiger als jemals hervor, so daß sich unbewußt ihre Augen mit Thränen füllten. Und auch die Gestalt des jungen Ueberbringers der väterlichen Botschaft, welcher jetzt in dem Hause ihrer Eltern aus- und einging, lag vor ihrer Seele auf; es war ihr, als sei sie durch die Verbindung mit ihm aus einem Kreise, wohin sie nicht gehörte, wo ihr Fühlen und Denken nicht verstanden wurde, heraus, und wieder auf den Boden ihrer angeborenen Heimath getreten. Ein wohlthuendes Gefühl, wie die Lösung einer verbedeten, unangenehmen Dissonanz, überkam sie. —

Zu der Strafe war es längst tiefe Nacht geworden und

das Feuer im Kamin war bis auf ein Häufchen glühender Kohlen niedergebrannt, als die junge Frau mit der Hand über die Augen fuhr und aufschah. Sie schien sich erst befinden zu müssen, wo sie sei — dann aber erhob sie sich mit einem Leisen, wie unwillkürlichen Seufzer, blickte eine Weile sinnend in die Kohlen und nahm dann einen der Leuchter vom Kaminsims. Bald hatte sie sich an der Kohlengluth Licht geschaffen. Die Uhr auf dem Kaminsims wies schon eine halbe Stunde über acht. Sie ließ die Vorhänge an den Fenstern über einander fallen und ging nach der Küche, wo Casar, der Schwarze, mit dem Ausbessern eines Pferdezaums beschäftigt war, während Sarah, den Kopf auf den Tisch gelegt, in regelmäßigen Zügen schnarchte.

„Hat noch Niemand etwas von Mr. Helmsbedt gesehen?“ fragte Ellen.

„Ich bin eben erst herein, Ma'am!“ erwiderte der Schwarze und rüttelte das schlafende Mädchen. „Ist Mr. Helmsbedt dagewesen?“

Sarah warf auffahrend ihren ersten Blick nach dem Ofen, in welchem längst alle Gluth erloschen war, und sprang dann von ihrem Sitze auf. „Die Wiccutis sind schon zweimal kalt geworden, und der Schinken dorrt so aus, daß ich ihn von der heißen Platte habe nehmen müssen“, sagte sie brunnig; „ich kann nichts dafür, wenn Mr. Helmsbedt wieder zankt.“

„War er noch gar nicht wieder hier?“ fragte die junge Frau.

„Ich habe nichts von ihm gesehen.“

„Geh in dein Bett, Sarah — ich werde nichts essen, u. Mr. Helmsbedt hat sicher irgendwo anders zu Abend gezeißt. Casar wird warten, bis er zurückkommt.“

„Sicherlich, Ma'am!“ war des Schwarzen Antwort; „ich habe ohnedies noch eine Weile zu arbeiten.“

Ellen ging langsam zurück nach dem Parlor, der nur trübe von dem einen Lichte erhellt war. Sie brante ein zweites an, setzte sich in den Schaukelstuhl und wartete.

Aber der Zeiger der Uhr wies schon auf zehn, und Helmsbedt war noch nicht zurückgekehrt. Unruhig hatte die junge Frau zu verschiedenen Malen sich erhoben, die Vorhänge zurückgeschlagen und in die dunkle, stille Nacht hinausgesehen; jetzt verließ sie von Neuem ihren Sitz, zog die feinen Augenbrauen zusammen und schien mit einem Entschlusse zu kämpfen. Langsam löschte sie ein der Lichter aus und begab sich darauf mit dem andern nach ihrem Schlafzimmer im oberen Stock. Es war das erste Mal seit sie verheirathet war, daß sie diesen Weg allein antrat. Als sie durch die „Halle“ schritt, erklang aus der Küche einer der eigenthümlichen Negergesänge, mit welchen sich Casar die Zeit vertrieb:

„Der alte Tommy wußte wohl mit Mädchen umzugehen; Und kam sein Schatz um sechs nicht, So hart er bis um zehn. Bei Frauenzimmern heißt's: subtil, Wenn man ihr Herz gewinnen will. O Tommy, Tommy, Tommy, Tommy, Har er kluger Mann.“

Ellen horchte einen Augenblick auf das Lied, das sie so oft von dem Schwarzen in dem Hause ihres Vaters hatte singen hören, zog dann die Lippen mit einer Mischung von Spott und Bitterkeit zusammen und verschwand in ihrem Schlafgemach.

Als Helmsbedt sein Haus verlassen, war er eine Straße zwischen den Feldern hinter dem Gärtchen fortgeschritten. Er wollte mit sich selbst klar werden, ehe er nach Hause zurückkehrte — und es lag mancherlei auf seiner Seele, was des ordnenden Gedanken und des kräftigen Entschlusses bedurfte, mancherlei, von dem die eben durchlebte Scene mit seiner jungen Frau nur einen Theil bildete. Als Isaac, der alte Bedlar, der so vielfach in sein Leben eingegriffen und dem er so manches zu verdanken hatte, in dem Hause seines Freundes Morton gestorben war, hatte es Helmsbedt gern

Zuführen. Der Tarif hat Gültigkeit bis Ende Juni 1905 und gilt für ein weiteres Jahr, wenn er nicht vor Ablauf eines Vierteljahres von einer der beiden Parteien gekündigt wird.

Die ausgeheerten Textilarbeiter in Crimmitschau wenden sich abermals mit einem Aufruf an die Arbeiterklasse. Es heißt darin: „Arbeiter Deutschlands! Mit unerschrockener Freude erachtet die Unternehmerpresse aus, daß der Kampf die Kasse des Verbandes bald leer machen werde und daß dann den Unternehmern ein mächtiger Bundesgenosse im Hunger erheben werde! ... Allein die Tatsache, daß die am ehesten gestellten aller Arbeiter mit dem propädeutischen Unternehmertum kämpfen für die Verkürzung der Arbeitszeit, diese Tatsache allein wird schon den heißen Wunsch wecken: Diesen Kämpfern für den Besten und Besten Tag muß der Sieg werden! Das wird aber nur möglich sein, wenn die Arbeiterklasse Deutschlands der Organisation der Textilarbeiter weiter hilfreich zur Seite steht. Deshalb appellieren wir nochmals um sofortige weitgehende Hilfe an die Kollegen und Arbeiter Deutschlands. Hoch der Besten Tag!“ — Wie noch gemeldet wird, haben die Militärvereine beschlossen, sich um eine Einigung zu bemühen. In einer zu diesem Zwecke abgehaltenen Versammlung wurde festgestellt, daß infolge des Kampfes in Crimmitschau und Umgebend ein schwerer wirtschaftlicher Notstand bestiehe und es müßte daher alles versucht werden, die schwierige Situation zu beheben.

Anschluß an die Generalkommission. Die Urabstimmung im Allgemeinen deutschen Gärtnerverein über den Anschluß dieser Organisation an die Generalkommission hat nach einer vorläufigen Feststellung folgenden Resultat ergeben: Für den Anschluß stimmten 1391, gegen 738 Mitglieder. Es hat sich somit fast eine Zweidrittel-Majorität für den Anschluß ergeben. Damit ist wieder ein erfreulicher Schritt zur Vereinheitlichung der deutschen Gewerkschaftsbewegung getan.

Arbeiterstreik. Zum Schutze der Steinarbeiter hat das Landgericht Nürnberg ein interessantes Urteil gefällt. Durch eine vom Bundesrat auf Grund der Gewerbeordnung erlassene Verordnung ist bekanntlich bestimmt, daß die Arbeiter in den Steinmehlmüllereien neun Stunden täglich nicht überschreiten darf und daß für die Arbeiter zum Schutze gegen die Witterung Schutzdächer angebracht werden müssen. Die Bauunternehmer Nürnberg glaubten sich nun in ihrer Ausbeutungsfreiheit beeinträchtigt, wenn sie diese Verordnung zur Durchführung brächten, und sie setzten ihr den hartnäckigsten Widerstand entgegen. Jedem Mitgliede der Innung wurde zur Pflicht gemacht, sich dagegen zu wehren und die bisherige zehnstündige Arbeitszeit beizubehalten, eventuell sollten sie es auch auf die richterliche Entscheidung ankommen lassen. Sie glaubten an die Verordnung gar nicht gebunden zu sein, weil es sich nicht um reine Steinmehlmüllereien handelte, sondern um gemischte Betriebe, da zu gleichen Teil auch Messerarbeiten verrichtet werden. Die Bauunternehmerkommission organisierte eine strenge Überwachung der Betriebe und brachte jeden Unternehmer zur Anzeige, der die Verordnung nicht einhielt. Als einer der ersten erhielt der Baumeister Fischer zwei Strafmarken auf je 3 Mk. Geldstrafe. Das Schöffengericht befreite diese Strafe und auch die Strafkammer hielt das Urteil aufrecht, indem sie betonte, es sei vollkommen gleichgültig, ob die Ausführung der Messerarbeiten Schwierigkeiten oder Unannehmlichkeiten verursache oder nicht. Nicht die Rechtsvorschriften hätten sich nach den Betrieben, sondern diese hätten sich nach den Vorschriften zu richten. Es sei nicht ersichtlich, warum der Schutz, den die Steinarbeiter in den reinen Steinmehlmüllereien genießen, den in gemischten Betrieben beschäftigten Steinarbeitern vorenthalten werden solle. Als Gehobener des Unternehmertums jagten in dieser Verhandlung zwei gemeinliche Selbstverständliche, der städtische Rechtsanwält Herrmann und der Gemeindevorstandliche Richter Herrmann, die behaupteten, daß die Verordnung auf die Nürnberger Verhältnisse wegen der „gemischten“ Betriebe nicht anzuwenden werden könne. Das Urteil hat auch diesen „Selbstverständlichen“ die wohlverdiente Abfuhr gebracht.

Eine Agitationsreise für die Zeit vom 10. Januar bis 31. März 1904 wird Genosse Dr. med. Fröhlich-Wies durch ganz Deutschland machen. Das zu behandelnde Thema lautet: „Die Alkoholfrage und die moderne Arbeiterbewegung“. Alle Arbeiterorganisationen, die einen diesbezüglichen Vortrag wünschen und somit zur Aufklärung über die Alkoholfrage unter ihren Mitgliedern beitragen wollen, (die Beiträge sind gratis)

werden ersucht, sich bis 1. Dezember d. J. an den Vorsitzenden des Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes, W. Mielke, Berlin NW. 87, Postdorostraße 38 zu wenden. Anmeldungen nach dem 1. Dezember können nur bedingt berücksichtigt werden. Als Reiseroute ist provisorisch festgelegt: Schlesien, Sachsen, Brandenburg, Pommern, Schleswig, Oldenburg, Hannover, Rheinland, Hessen, Baden, Elsaß-Lothringen, Württemberg, Bayern.

Der Streik der Klempner in Magdeburg dauert fort. Die Ausständigen hatten sich bereit erklärt, zwecks Beilegung des Konflikts vor dem Einigungsamt zu erscheinen, die Meister haben dies jedoch in der Innungsversammlung strikte abgelehnt. Die Meister suchen ihre Leute dadurch zu schädigen, daß sie ihnen Entlassungsscheine nach folgendem Muster ausstellen: „Inhaber dieses, der Klempnergehilfe, ... aus ... hat vom ... bis ... bei mir gearbeitet, hat die Arbeit wegen Beteiligung am Streik eingestellt und ist deshalb ordnungsgemäß entlassen.“

Magdeburg, den ... Klempnermeister ... Natürlich klagen die so Gefenzeichneten auf Schadenersatz. Aus den Organisationen. Der Wahlverein in Dissenbach ist in so erfreulichem Aufschwunge begriffen, daß er jetzt fast 1500 Mitglieder zählt. Der sozialdemokratische Volksverein in Elberfeld steigerte seine Mitgliederzahl im abgelaufenen Geschäftsjahre von 798 auf 918. Seine Jahreserinnahme betrug 4917 Mk.

Ein Schriftgießer-Generalstreik in Amerika. Man schreibt der „Welt“ aus New York: Seit dem 28. September befinden sich sämtliche Schriftgießer der Vereinigten Staaten im Streik. Es ist dies seit 30 Jahren wieder der erste Schriftgießerstreik. Der Ausstand erstreckt sich auf New York, Chicago, St. Louis, Philadelphia, Boston, Baltimore, Cincinnati, St. Paul, Kansas City und San Francisco. Der Streik ist gegen den Trust American Type gerichtet, welcher zwar die Lohnerhöhung bewilligen, aber die Union (Gewerkschaft) nicht anerkennen will. Geleitet wird der Streik in der Hauptsache von der Typographen Union Nordamerikas, der die Schriftgießer angehören. Man hat sich auf einen schweren Kampf vorbereitet. Der Sieg ist sicher, wenn sich keine Streikbrecher finden; es kann eventuell auch noch zum Ausstand der Setzer und Drucker kommen.

Aus Mag und Fern.

Nieder mit Dir Hund! Am 24. August war das Artillerie-Regiment Nr. 75 in Götting bei Altenburg einantriet. Als der Hauptmann v. Gröfzheim Abends in Begleitung des Rittmeisters von Rejzer Schubert, von einem Kavallerie-Kommando, an dem Lokal „Deutsches Haus“ vorbeizog, wurde er dort nach, ob Leute seiner Batterie über Zepfenreich ausgeblieben waren. Er traf in dem Lokale einige Kanoniere an und befohl den Leuten, sich in ihre Quartiere zu begeben. Dann suchte er den Unteroffizier Wegener auf, um in dessen Begleitung noch weitere Lokale zu revidieren. Rittmeister Schubert, ein dortiger Fabrikdirektor, erteilte dem Hauptmann den Rath, er möge die Lokale nicht unbewacht revidieren und mit Rücksicht auf die dortige Bevölkerung seinen Säbel umhängen. Auf dem Wege nach seinem Quartier erklärte der Hauptmann in der Kurzfrage den 22-jährigen Kanonier Zinke, der in Begleitung einiger Zivilisten in sein Quartier gehen wollte. Dem Zinke war von einem Schutzmacher der Rath erteilt worden, sich zu verhalten. Der Hauptmann ging aber auf Zinke mit dem Rufe: „Da ist ja wieder einer!“ zu und packte ihn. Als Zinke sich loszumachen suchte, rief der Hauptmann: „Nieder mit Dir Hund!“ In demselben Augenblicke zog Unteroffizier Wegener seinen Säbel und schlug damit Zinke über den Kopf. Der Gestohlene stürzte stark blutend bewußtlos zu Boden. Die Zivilisten, die über das ganze Vorgehen des Hauptmanns in große Aufregung gerathen waren, begleiteten den Verwundeten zu dem Arzt Dr. Weber. Es seien nicht besonders angenehme Bemerkungen gegen die Vorgehensweise am Schützenplatz flog ein mit voller Kraft geworfener Fiegerschein vom Publikum nach der Richtung hin, wo die Militärpersonen gingen. Das erregte Publikum wurde mit Waffen zurückgewiesen und Zinke wurde in das Garnisonlazareth geschafft. Der Angeklagte bestritt, den Hauptmann thätlich angegriffen zu haben. Der Hauptmann und der Unteroffizier Wegener bestritten aber das Gegenteil. Die Worte „Nieder mit Dir Hund!“ sollten von dem Hauptmann erst gefallen sein, als Zinke bereits am Boden gelegen hatte. Die Jungin

Martha Rauch beschwor aber, daß sie erst die Worte des Hauptmanns „schlagt ihn nieder“, dann das Ziehen des Säbels und dann den Schlag gehört habe. Zinke wurde schließlich von der Anklage des thätlichen Angriffs freigesprochen, aber wegen Widersetzung und Ungehorsams zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Ein Nachspiel zu der Skandalaffäre des Leutnants Freiherrn v. Löw in Düsseldorf, der bekanntlich vor einiger Zeit wegen Meineids zu Zuchthaus verurtheilt wurde, ist gegenwärtig in der Vorbereitung begriffen. Wie wir feinerzeit melbten, war die mutmaßliche Mitschuldige des Löw, eine verehelichte Ingenieur-Gattin, kurz vor ihrer Verhaftung plötzlich verstorben und zwar, wie das bestimmte Gerücht ging, an Gift. Nunmehr ist in Verbindung mit jener Affäre gegen einen Düsseldorf praktischer Arzt die Untersuchung eingeleitet worden wegen Verbrechen gegen § 216 des Reichsstrafgesetzbuches (Tötung eines Menschen auf ausdrückliches Verlangen desselben) und Vergehens gegen § 278 (Ausstellung eines unrichtigen ärztlichen Attestes bezüglichen des Befundes der Leiche). Die Akten sind bereits der beratenden Strafkammer zur Beschlußfassung darüber zugestellt worden, ob gegen den Arzt die Anklage erhoben werden soll oder nicht.

Christliche Nächstenliebe. In der ultramontanen Dortmund „Trompete“ stand dieser Tage folgende Notiz: „Mit einer exemplarischen Strafe dürfte ein junger Mann seine militärische Laufbahn beginnen, der sich gehern als Meistret zur Beförderung in seine zukünftige Garnison zu stellen hatte und seiner Unlust zu seinem künftigen Stande durch fortwährende Mißthaten, „Hoch Bömelburg“ Lust machen zu müssen glaubte. Er wurde verhaftet und dürfte also, da er am gestrigen Tage schon unter militärischer Gerichtsbarkeit stand, über diese „Betheiligung sozialdemokratischer Gesinnung“ „bei Wasser und bei trockenem Brod“ nachzudenken haben.“ — Eigentlich hätte ja der Mann den Schutzhäuser verdient, wird sich das christliche Blatt im innersten Herzen sagen.

Ein Schultyrann. Aus Darmstadt wird der „Frankf. Ztg.“ von einem Leser geschrieben: Der Lehrer (Klassenlehrer) einer hiesigen höheren Schule gab vor einigen Tagen seiner Klasse, die aus Schülern im Alter von ungefähr 14 Jahren besteht, folgendes zur Aufrechterhaltung der Zucht und Ordnung von ihm für nöthig erachtete Diktat: „Arreststunden: Dienstag und Mittwoch von 5 Uhr ab. Es werden bestraft: Vergeßlichkeit mit 1 Stunde Arrest. Das Fallentaffen von Gegenständen: das erste Mal mit Tadel, im Wiederholungsfall mit Arrest. Aus der Banktreten: Arrest. Sprechen: Arrest. Lachen: das erste Mal mit Tadel, im Wiederholungsfall mit Arrest. Fehlen eines Aufgabebuches: Arrest. Wer sein Buch nicht mit beiden Händen hält: Arrest. Wer nicht frei aufsteht: das erste Mal mit Tadel, Wiederholung mit Arrest. Wer den Finger schlecht streckt (als Zeichen, daß er etwas beantworten kann): das erste Mal Tadel, bei Wiederholung Arrest. — Welches Kopfschreiben muß es diesem Meister der Schule gekostet haben, die richtige Fassung der gebührenden Strafen für die Sünden seiner Pflögknechte anzuzurechnen! Daß es aber, ganz abgesehen von dem mehr als zweifelhafte pädagogischen Werth des methodischen Arrestbüchleins, einfach unmöglich ist, diese angebrohten Maßregeln konsequent durchzuführen und mit dem Begriff der Gerechtigkeit zu verbinden, scheint diesem Schultyrann nicht in den Sinn zu kommen.“

Ein Statistiker, welche die Berliner Omnibus-Gesellschaft mit Reib erfüllen wird, gibt der Londoner „Morning Leader“. Danach wurden im Rechnungsjahr 1901/1902 in und um London befördert (in runden Zahlen): 400 Omnibusse 500 Millionen Menschen, von Eisenbahnen 400 Millionen, von Straßenbahnen 300 Millionen, von Autos, Dampfbooten u. 73 Millionen. Allerdings bezahlen die Londoner Omnibus-Gesellschaften ihre Angestellten etwas anständiger als die Berliner.

Die Garderobe eines Dichters. Gabriele D'Annunzio kann sich rühmen, eine Garderobe sein eigen zu nennen, die den Reiz jedes Dandys erwecken muß. Die „Westminster Gazette“ giebt folgendes Verzeichniß davon wieder: 72 Hemden; Strümpfe jeder Art — 12 Duzend; Hüte, Gesellschaftsanzüge, Smoking, Zoppen — unzählige; Straßenhandschuhe — 48 Paar; Gesellschaftshandschuhe — 24 Paar; 8 Regenjacken von violetter Farbe; 10 grüne Sonnenjacken; 20 Duzend Taschentücher; 150 glänzende und bunte Krabatten; 10 Westen; 14 Paar Promenaden-schuhe, und 2 Paar „sanfte, geräuschlose und zitternde“ Pantoffeln.

... bei ihr heute laubieren wollen, wie groß das Opfer sei, das sie ihm durch die Abschaffung des ihrigen bringen würde. Der Antrag desselben hätte ihm das augenblicklich benötigte Geld herbeigeführt, das, da die Wiedererhaltung desselben aus der Hinterlassenschaft nicht lange auf sich warten lassen konnte, ihm zugleich ein Kapital für Krankheiten oder unvorhergesehene Fälle geworden wäre. Denn was er mit energischer Arbeit jetzt verdient, ging Null für Null in seinem Hausestande auf. Er hatte heute nicht mit Ellen über diese Dinge reden können — und ob er dies jemals zu thun im Stande wäre, wußte er jetzt nicht; es drückte ihn jedoch, mehr als die ganze Angelegenheit, die Ursache, die eine gegenwärtige Aussprache verhindert hatte. Im Hintergrunde seiner Seele stand, seit er sein Haus verlassen, ein Gespenst, das er mit Macht zurückdrängen wollte und doch nicht los werden konnte. Dies war die expordämmende Ueberzeugung, daß nicht die Seele zu ihm das Alles herbeibringende, jeden andern Versuch ausschließende Element in Ellen's Seele war, das Element, welches ihre Gedanken und Handlungen leitete, wie er es sah in den Stunden stiller Träumereien vorgefellt — da ihre Gesinnung, wie die Auffassung ihrer jetzigen Verhältnisse eine durchaus andere war als die seinige — daß er sich nicht mit ihr verstand. Er sah einen Menschen in Ellen's Kreis treten, gegen welchen ihn ein Gefühl, von dem er sich selbst keine Rechenschaft geben konnte, auf seiner Hut zu sein ließ — er sah diesen augenblicklich das Vertrauen seiner Frau gewinnen und sein Ansehen dagegen machlos — er sah eine fremde Macht, den Geistlichen von Ellen's Eltern, die zwischen ihn und seine Frau, auf deren Festigkeit er den Platz seines ganzen künftigen Lebens gebaut, drängen, eine Macht deren Einfluß sich schon soweit geltend machte, daß darüber selbst die gewöhnliche Rücksicht gegen ihn, die

bei ihr heute laubieren wollen, wie groß das Opfer sei, das sie ihm durch die Abschaffung des ihrigen bringen würde. Der Antrag desselben hätte ihm das augenblicklich benötigte Geld herbeigeführt, das, da die Wiedererhaltung desselben aus der Hinterlassenschaft nicht lange auf sich warten lassen konnte, ihm zugleich ein Kapital für Krankheiten oder unvorhergesehene Fälle geworden wäre. Denn was er mit energischer Arbeit jetzt verdient, ging Null für Null in seinem Hausestande auf. Er hatte heute nicht mit Ellen über diese Dinge reden können — und ob er dies jemals zu thun im Stande wäre, wußte er jetzt nicht; es drückte ihn jedoch, mehr als die ganze Angelegenheit, die Ursache, die eine gegenwärtige Aussprache verhindert hatte. Im Hintergrunde seiner Seele stand, seit er sein Haus verlassen, ein Gespenst, das er mit Macht zurückdrängen wollte und doch nicht los werden konnte. Dies war die expordämmende Ueberzeugung, daß nicht die Seele zu ihm das Alles herbeibringende, jeden andern Versuch ausschließende Element in Ellen's Seele war, das Element, welches ihre Gedanken und Handlungen leitete, wie er es sah in den Stunden stiller Träumereien vorgefellt — da ihre Gesinnung, wie die Auffassung ihrer jetzigen Verhältnisse eine durchaus andere war als die seinige — daß er sich nicht mit ihr verstand. Er sah einen Menschen in Ellen's Kreis treten, gegen welchen ihn ein Gefühl, von dem er sich selbst keine Rechenschaft geben konnte, auf seiner Hut zu sein ließ — er sah diesen augenblicklich das Vertrauen seiner Frau gewinnen und sein Ansehen dagegen machlos — er sah eine fremde Macht, den Geistlichen von Ellen's Eltern, die zwischen ihn und seine Frau, auf deren Festigkeit er den Platz seines ganzen künftigen Lebens gebaut, drängen, eine Macht deren Einfluß sich schon soweit geltend machte, daß darüber selbst die gewöhnliche Rücksicht gegen ihn, die

der einfachste Arbeiter in seinem Hanse verlangt: eine pünktliche Mahlzeit, wenn er von der Arbeit zurückkehrt, vergessen wurde. — Er stand still und drückte die Hand vor die Augen — was sollte er thun?

So weit war er in seinem Gedankengange gelangt, als er seinen Namen nennen hörte. Er sah auf und bemerkte jetzt erst, daß er, willenlos dem Wege folgend, auf die Landstraße gerathen war. Vor ihm hielt ein Schwarzer zu Pferde.

„Wenn Mr. Helmstedt abkommen könnte,“ sprach dieser, „so möchte er doch nach Mr. Mortons Hause kommen. Mr. Morton ist heute Nachmittag recht krank geworden und möchte Mr. Helmstedt sehen.“

Der Angeredete hatte sich rasch aus seinen eigenen Gedanken gerissen. „Krank? Ist er sehr krank?“ fragte er. „Ich weiß nicht, Master, aber Mistres Morton befohl mir, rasch zu reiten.“

Helmstedt stand einen Augenblick unschlüssig. „Ich bin schon zu weit von meinem Hause entfernt, um wieder zurückzugehen,“ sagte er dann, „komm herunter Will, und überlasse mir das Pferd, Du kommst langsam nachkommen.“

Der Schwarze stieg gehorsam ab, und im nächsten Augenblick war der junge Mann schon im Sattel.

„Soll ich vielleicht Ihr eigenes Pferd nachbringen?“ fragte Will. Helmstedt aber sprengte bereits davon und hörte nichts mehr. Der Schwarze sah ihm nach und kratzte seinen Wollkopf. „Da habe ich nun noch ein gutes Ende Weges bis zu meinem Abendbrod!“ sagte er mehr lammig als ärgerlich und schlug, langsam davonschlenkernd, den Rückweg ein.

(Fortsetzung folgt.)